

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

24. JAHRGANG

SEPTEMBER 1971



INHALT

Seite

Der Baulandmarkt 1970	209
Wohngeldzahlungen 1970	213
Grund-, Haupt- und Sonderschulen im Schuljahr 1970/71	217
Die Belastung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen 1968	221
Aufwands- und Ertragsstruktur der Bauwirtschaft 1967	226
 Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	 57*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	63*



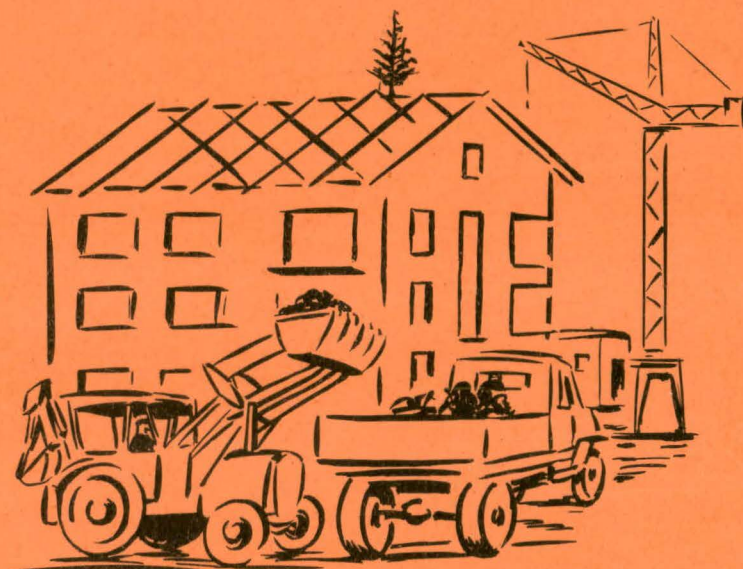
HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

In Kürze erscheint Band 239 der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

DAS BAUHAUPTGEWERBE IN RHEINLAND-PFALZ 1970

Umfang 95 Seiten, DIN A 4, Karton, Preis DM 5,50

Die regelmäßig jährlich erscheinende Veröffentlichung über die rheinland-pfälzische Bauwirtschaft enthält Daten der amtlichen monatlichen Bauberichterstattung und der Totalerhebung im Juni 1970. Ergänzt werden diese Angaben um diejenigen der Unternehmens- und Investitionserhebung 1969 und um die Daten der Preis- und Verdienststatistik 1970, die für das Bauhauptgewerbe bedeutungsvoll sind. Gebietsstand der Verwaltungsbezirke für die Regionalergebnisse ist der 7. November 1970. Erstmals wurden in diesem Quellenband auch Gemeindeergebnisse für die Bauwirtschaft publiziert, womit dem steigenden Bedürfnis nach umfangreichen Regionalzahlen Rechnung getragen wird.



Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| - = nichts vorhanden | ϕ = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,- Jahresabonnement DM 20,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) *20 91, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet.

Für den eiligen Leser

Baulandmarkt 1970

Seite 209

1970 wurden 12 409 Grundstücksverkäufe mit einer Baulandfläche von 14,6 Mill. qm und einer Kaufsumme von 261 Mill. DM registriert. Auf baureifes Land entfielen 68% der Verkäufe, auf Rohbauland 18%. Durchschnittlich kostete ein Quadratmeter Bauland 17,86 DM (im Vorjahr 16,60 DM). Mehr als ein Drittel aller Kauffälle lag in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern. Bei knapp der Hälfte aller erfaßten Verkäufe betrug die Grundstücksgröße zwischen 500 und 1 000 qm, bei mehr als einem Fünftel zwischen 1 000 und 3 000 qm.

Wohngeld 1970

Seite 213

Mit 35 009 Wohngeld beziehenden Haushalten stieg der Empfängerkreis um 5,8% an. Mietzuschußempfänger nahmen um 9,3% zu, Lastenzuschußempfänger um fast 23% ab. Die für beide Zuschußarten ausgegebenen Mittel beliefen sich auf 21,6 Mill. DM, wovon 18,7 Mill. DM (86,4%) auf Mietzuschuß und 2,9 Mill. DM (13,6%) auf Lastenzuschuß entfielen. Infolge neu hinzugekommener Empfänger aus dem Bereich der Sozialhilfe und der Kriegsopferfürsorge erhöhte sich der Anteil der Rentner und Pensionäre sowie der sonstigen Nichterwerbstätigen bei den Haushalten mit Mietzuschuß von 62,2 auf 68,6% bzw. von 3,8 auf 8,3%. Bei den Haushalten mit Lastenzuschuß stellten sich die entsprechenden Werte auf 12,7 und 16,9% bzw. auf 1,3 und 2,4%.

Grund-, Haupt-, Sonderschulen 1970/71 Seite 217

Von den insgesamt 426 712 Schülern, die zu Beginn des Schuljahres 1970/71 die 2 019 rheinland-pfälzischen Grund- und Hauptschulen (Volksschulen) besuchten, wurden 335 997 oder nicht ganz 80% in nach Jahrgängen getrennten Klassen unterrichtet. Nur noch jeder fünfte Schüler befand sich in einer aus mehreren Schuljahrgängen zusammengesetzten Klasse. Die Zahl der hauptberuflich tätigen Lehrer stieg von 13 211 auf 13 732. Im Zuge der Schulreform verringerte sich die Zahl der Grund- und Hauptschulen gegenüber 1969 erneut um 449, zugleich erhöhte sich die der Sonderschulen um 9 auf 134.

Seite 221

Steuerbelastung der Lohneinkommen 1968

Etwa ein Viertel der in der Lohnsteuerstatistik 1968 erfaßten 1,04 Mill. Steuerpflichtigen blieb unterhalb der Besteuerungsgrenze und war somit steuerbefreit. Gut zwei Fünftel der Steuerpflichtigen erhielten Kinderfreibeträge für ein oder mehrere Kinder. Insgesamt waren knapp 820 000 Kinder Freibetragsberechtigt. 57,7% der Lohnsteuerpflichtigen ließen sich im Wege des Lohnsteuerjahresausgleichs vom Finanzamt Steuern rückerstatten. Weitere 14% minderten ihre Steuerbelastung dadurch, daß sie im voraus zusätzliche Freibeträge auf ihrer Lohnsteuerkarte eintragen ließen. An der staatlich geförderten Vermögensbildung gemäß dem Zweiten Vermögensbildungsgesetz war 1968 nur jeder siebte Arbeitnehmer beteiligt.

Seite 226

Aufwand und Ertrag im Baugewerbe 1967

In rund 10 000 baugewerblichen Unternehmen waren Ende September 1967 rund 123 000 Beschäftigte tätig. Der Materialaufwand an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Handelswaren und vergebenen Lohnarbeiten

belief sich 1967 wertmäßig auf 1 285 Mill. DM. Im gleichen Zeitraum wurden Bauleistungen und sonstige Leistungen in Höhe von 3 824 Mill. DM abgerechnet. Unter Berücksichtigung der selbsterstellten Anlagen und der Bestandsveränderungen an begonnenen noch nicht abgerechneten Bauten läßt sich ein Bruttoproduktionswert von 3 645 Mill. DM ermitteln. Wird hiervon der Materialeinsatz abgesetzt, ergibt sich ein Nettoproduktionswert von 2 360 Mill. DM und eine Nettoquote von 43,4%.

Kurz und aktuell

Außenhandel I. Halbjahr 1971

Die rheinland-pfälzische Ausfuhr lag im ersten Halbjahr 1971 mit 3,7 Mrd. DM um 11,8% über dem Ergebnis des gleichen Vorjahreszeitraums. Die Einfuhr erhöhte sich gleichzeitig um 16,1% auf 2,7 Mrd. DM. Damit hat sich der Außenhandel in der ersten Jahreshälfte wieder stärker belebt, nachdem er im Vorjahr noch von den Auswirkungen der D-Mark-Aufwertung belastet war. Negative Auswirkungen der Wechselkursfreigabe zum 9. Mai 1971 wurden nicht registriert. Von der erhöhten Exportsteigerung waren ausschließlich Güter der gewerblichen Wirtschaft (+ 12,1%) und hier insbesondere Halbwaren (+ 37,5%) betroffen. Zu der Verbesserung des Importergebnisses trug neben der gewerblichen Wirtschaft (+ 15,2%) die Ernährungswirtschaft (+ 21,1%) erheblich bei, die damit ihren Anteil an der Gesamteinfuhr auf 16,5% erhöhen konnte.

Steuereinnahmen der Gemeinden I. Halbjahr 1971

Im ersten Halbjahr 1971 nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände 531 Mill. DM an Steuern ein. Das sind 22,6% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dieser Vergleich ist allerdings nur bedingt möglich. Zum einen war das Aufkommen an Gewerbesteuern aus Ertrag und Kapital in den ersten Monaten des Jahres 1970 sehr gering, weil die Gemeinden den Einzug der Gewerbesteureinnahmen in den letzten Monaten des Jahres 1969 forciert betrieben hatten, um sie der ab 1970 wirksam werdenden Gewerbesteuerumlage zu entziehen. Zum anderen wird der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage immer für das vorangegangene Quartal berechnet, so daß im ersten Quartal 1970 noch keine Zahlungen fällig wurden. Da der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aber insgesamt sehr viel höher ist als die Gewerbesteuerumlage, zeigen die kommunalen Steuereinnahmen des ersten Halbjahres 1971 eine sehr starke Zunahme, wenn man sie mit den entsprechenden Beträgen von 1970 vergleicht. Ein treffenderes Bild gibt die Gegenüberstellung der Steuereinnahmen für das zweite Quartal: Die Zunahme fällt dabei mit + 12,3% erheblich bescheidener aus.

Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden 1970

Eine Vorwegaufbereitung der Haushaltsrechnungstatistik für die Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern und für die Landkreise zeigt, daß die Zunahme der Gesamtausgaben mit + 14,5% zwar nicht ganz so hoch war wie 1969 (+ 18,1%), aber die Wachstumsraten aller übrigen Jahre seit 1964 übertraf. Besonders stark expandierten die Ausgaben der kreisangehörigen Städte (+ 22,9%), während der Anstieg bei den Landkreisen mit + 10,3% wesentlich niedriger war.

Bei der Entwicklung der Einnahmen fällt auf, daß die Steuereinnahmen um 2,8% niedriger waren als

Fortsetzung letzte Seite

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

24. Jahrgang

Heft 9

September 1971

Der Baulandmarkt 1970

Erstmals erfolgte für die Jahre 1927 bis 1938 die statistische Erfassung des Grundbesitzwechsels durch das Statistische Reichsamt. Die Voraussetzung für eine laufende Beobachtung des Grundstücksmarktes entfiel jedoch durch die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen im Jahre 1936. Dieser sogenannte Preisstopp wurde 1952 zunächst nur für bebaute Grundstücke aufgehoben, während für die unbebauten in der Folgezeit von den Preisbehörden vielfach Kaufpreise genehmigt wurden, die von den Stopp-Preisen des Jahres 1936 erheblich abwichen. Mit dem Bundesbaugesetz von 1960 kam es zur Aufhebung der Preisfestsetzung für den Grundstücksverkehr und damit zur vollen Integration des Grundstücksmarktes in das System der Sozialen Marktwirtschaft. Da die gesetzlichen Voraussetzungen für die statistische Erfassung bereits im Gesetz über die Preisstatistik von 1958 gegeben waren, stand der Aufnahme der Baulandpreisstatistik nichts mehr im Wege. In dieser Statistik werden nur unbebaute Grundstücke erfaßt, die im Baugebiet einer Gemeinde liegen und deren Kaufwert mehr als 200 DM beträgt. Es ist nicht möglich, auch die bebauten Grundstücke mit einzubeziehen, da die Kaufverträge im allgemeinen keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden und dem für Gebäude oder Gebäudereste gezahlten Kaufpreis enthalten.

1. Sachliche Teilmärkte

Gesamtüberblick

Im Jahre 1970 wechselten in Rheinland-Pfalz 12 409 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 14,6 Mill. qm für eine Kaufsumme von 261,3 Mill. DM den Besitzer. Gegenüber dem Vorjahr traten damit Veränderungen bei der Zahl der Kauffälle um 4,4% und der Fläche um 2,7% ein; die Kaufsumme wies mit + 10,5% die größte prozentuale Zunahme auf. Es setzte sich also der nach der Rezession 1966/67 zu beobachtende Anstieg bei allen drei Unterscheidungsmerkmalen fort. Die Höhe der Veränderungsraten hat sich im Vergleich zu 1969 als Folge der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung teilweise erheblich verringert. Untergliedert nach Halbjahresergebnissen war in den letzten sechs Monaten des Jahres 1970 gegenüber der ersten Jahreshälfte ein außergewöhnlicher Anstieg in der Zahl der Baulandveräußerungen (+ 14,0%) und deren Flächen (+ 18,5%) zu registrieren.

Baulandarten

Die Verteilung der Verkaufsfälle auf die einzelnen Grundstücksarten läßt eindeutig erkennen, daß

der zahlenmäßig größte Anteil des Grundstücksverkehrs baureifes Gelände betraf (68,1%). Mit weitem Abstand folgten Rohbauland (18,3%), Industrieland (5,4%), Land für Verkehrszwecke (6,5%) sowie Freiflächen (1,7%). Es ergaben sich keine nennenswerten Veränderungen gegenüber den Vorjahreswerten. Wegen des überragend hohen Anteils von baureifem Land und Rohbauland befassen sich die weiteren Ausführungen vorwiegend mit diesen beiden Baulandarten.

Was die umgesetzte Fläche anbelangt, so ergab sich im Vergleich zu 1969 eine nicht unbeachtliche Verschiebung. In der Reihenfolge der oben aufgeführten Grundstücksarten errechneten sich Prozentwerte von 49, 27, 16, 5 und 3%. Die durch die wirtschaftliche Situation bedingte allgemein zurückhaltende Investitionsneigung der Unternehmer

Baulandverkäufe und Preise nach Baulandarten 1962 - 1970

Jahr	Ins-gesamt	Veränderung zum Vorjahr in %	Bau-reifes Land	Roh-bau-land	Indu-strie-land	Land für Ver-kehrs-zwecke	Frei-flächen
Kauffälle							
1962	12 787	.	7 474	4 297	395	509	112
1963	11 548	- 9,7	5 950	4 265	398	847	88
1964	12 702	10,0	6 727	4 628	400	635	112
1965	12 480	- 1,7	8 115	3 244	452	532	137
1966	11 555	- 7,4	8 208	2 452	328	438	129
1967	9 600	- 16,9	7 207	1 479	230	559	125
1968	10 846	13,0	7 532	1 800	308	1 018	188
1969	11 886	9,6	8 094	2 152	677	781	182
1970	12 409	4,4	8 446	2 278	670	805	210
Fläche (1 000 qm)							
1962	15 706	.	6 273	6 475	2 201	597	160
1963	13 298	- 15,3	5 114	5 955	1 103	942	184
1964	14 672	10,3	5 583	6 209	1 744	946	190
1965	15 411	5,0	7 131	5 695	2 012	367	206
1966	13 954	- 9,5	7 217	4 591	1 407	474	265
1967	10 215	- 26,8	5 772	2 700	849	708	186
1968	11 507	12,6	6 244	2 816	1 045	1 079	323
1969	14 250	23,8	6 908	3 429	2 670	911	332
1970	14 632	2,7	7 181	3 946	2 298	732	475
Preis je qm (DM)							
1962	8,43	.	10,77	7,51	5,02	6,79	5,96
1963	9,69	14,9	12,15	8,65	7,92	6,34	3,61
1964	10,92	12,7	14,01	10,58	6,30	4,55	5,41
1965	12,48	14,3	15,66	11,21	6,10	9,15	5,58
1966	13,45	7,8	16,01	12,19	7,76	7,91	5,58
1967	14,06	4,5	17,87	9,64	11,03	5,95	4,66
1968	16,52	17,5	21,44	11,58	12,00	7,47	9,46
1969	16,60	0,5	23,99	11,29	8,89	6,70	6,58
1970	17,86	7,6	22,34	16,57	9,86	12,18	8,21

Baugebiet	Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf-fälle	1 000 qm	DM je qm	Kauf-fälle	1 000 qm	DM je qm
Geschäftsgebiet	6	2	244, 86	-	-	-
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	58	48	260, 79	-	-	-
Wohngebiet in geschlossener Bauweise	248	153	54, 40	-	-	-
offener Bauweise	4 915	4 378	25, 36	1 302	2 568	20, 93
Industriegebiet	3	4	11, 23	12	39	14, 44
Dorfgebiet	3 216	2 596	10, 87	964	1 339	8, 27
Insgesamt	8 446	7 181	22, 34	2 278	3 946	16, 57

fand ihren Niederschlag in einem Nachlassen der Industrielandverkäufe.

Die 1970 für Rheinland-Pfalz ermittelte Durchschnittsgröße aller verkauften Grundstücke betrug 1 179 qm, womit ein leichter Rückgang gegenüber 1969 (1 199 qm) festzustellen ist. Für baureifes Land lag die durchschnittliche Grundstücksgröße wiederum bei 850 qm, beim Rohbauland stieg sie um 8,7% auf 1 732 qm an. Als Industrieland wurden je Fall durchschnittlich 3 430 qm, als Land für Verkehrszwecke 909 qm und als Freifläche 2 262 qm verkauft. Von diesen Durchschnittsgrößen sanken die für Industrieland und Land für Verkehrszwecke gegenüber dem Vorjahr (— 13 bzw. — 22%), während bei den Freiflächen eine Steigerung um 24% festzustellen war. Die Tatsache, daß die durchschnittliche Grundstücksgröße für Rohbauland im allgemeinen erheblich größer ist als die für baureifes Land hat seinen Grund darin, daß Rohbauland in der Regel eine Vorstufe für die übrigen Baulandarten, besonders für baureifes Land, ist. Je nach seinem späteren Verwendungszweck nimmt es bei fortschreitender Entwicklung die Eigenschaft einer dieser Arten an. Beim Übergang zu baureifem Land wird Rohbauland meistens in kleinere Parzellen aufgeteilt.

Baugebiete

Wie schon in den Vorjahren konnten hinsichtlich der Art der Baugebiete zwei Schwerpunkte festgestellt werden. Wohngebiete in offener Bauweise und Dorfgebiete wiesen im Berichtsjahr Anteile von 55 bzw. 37% aller Kauffälle auf. Die auf diese beiden Gebiete entfallende Fläche betrug 52 bzw. 32%. Auf die im Grundstücksverkehr weniger bedeutsamen Baugebiete (Geschäftsgebiet, Geschäftsgebiet mit Wohngebiet, Wohngebiet in geschlossener Bauweise und Industriegebiet) entfielen die restlichen 8% der Kauffälle und 16% der veräußerten Fläche. In der Untergliederung nach den beiden Hauptbaulandarten, dem baureifen Land und dem Rohbauland, ließen sich keine entscheidenden Abweichungen bezüglich des Gesamtergebnisses erkennen. Vergleicht man die Veränderungen gegenüber 1969, so gilt bei Verkäufen von Rohbauland, daß sowohl Verkaufsfälle als auch umgesetzte Flächen ausnahmslos gestiegen sind. Bei Veräußerungen von baureifem Land war keine einheitliche Tendenz nachzuweisen, da den Zunahmen der Kauf-

fälle und der Flächen auch Abnahmen gegenüberstanden. Besonders kraß traten die beiden Merkmale bei dem Wohngebiet in geschlossener Bauweise mit Steigerungen von 52 bzw. 50% auf. Die Fläche im Geschäftsgebiet mit Wohngebiet verminderte sich um 44%, während die Anzahl der Kauf-fälle um 30% zurückging.

Vertragspartner

Wie schon im Vorjahr standen sich in fast der Hälfte aller Verkaufsfälle natürliche Personen als Vertragspartner gegenüber (48%). Dagegen lagen deren Anteile an der veräußerten Fläche und der Gesamtkaufsumme nur bei 36 bzw. 43%; bei den Vertragsabschlüssen zwischen natürlichen Personen kommen also im allgemeinen kleinere Grundstücke zum Verkauf. Bei Differenzierung nach der Erwerber- und Veräußererseite war die Beteiligung natürlicher Personen an allen Grundstücksgeschäften noch stärker. In 71% aller Kauffälle mit 70% Flächenanteil erfolgte eine Baulandveräußerung durch Privatpersonen, die hierfür 187 Mill. DM erhielten. Davon stammten 113 Mill. DM von natürlichen und 74 Mill. DM von juristischen Personen. Zu 74% waren natürliche Personen auf der Erwerberseite an den Kauffällen beteiligt. Bei einem Flächenanteil von 56% brachten sie dafür 155 Mill. DM auf. Folglich verkaufte dieser Personenkreis durchschnittlich größere Objekte als er selbst erstand.

Nach den Baulandveräußerungen, denen Kaufverträge zwischen natürlichen Personen zugrunde lagen, folgten, gemessen an der Zahl der Verkaufsfälle, Grundstücksgeschäfte zwischen natürlichen und juristischen Personen. In 23% aller Fälle traten juristische Personen als Erwerber auf, während gut ein Viertel aller verkauften unbebauten Grundstücke von juristischen an natürliche Personen veräußert wurden. Vergleicht man von der Seite der

Baulandverkäufe nach Veräußerern und Erwerbern 1970

Erwerber	Kauffälle	Fläche	Preis
	Anzahl	1 000 qm	1 000 DM
Natürliche Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	5 913	5 304	113 250
Juristische Personen	2 864	4 903	74 073
darunter: Gemeinden (Gv.)	2 015	3 219	36 989
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	157	499	14 287
Juristische Personen als Veräußerer			
Natürliche Personen	3 275	2 919	41 628
Juristische Personen	357	1 506	32 354
darunter: Gemeinden (Gv.)	96	232	5 371
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	60	157	4 194
darunter: Gemeinden (Gv.)			
Natürliche Personen	2 649	2 396	28 596
Juristische Personen	188	1 071	19 088
darunter: Gemeinden (Gv.)	3	1	13
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	45	133	3 196
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen			
Natürliche Personen	227	141	4 199
Juristische Personen	36	96	1 883
darunter: Gemeinden (Gv.)	15	53	636
Gemeinnützige Wohnungsunternehmen	4	8	277

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt						Veränderung zum Vorjahr					
	baureifes Land			Rohbauland			baureifes Land			Rohbauland		
	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm	Kauf-fälle	Fläche	Preis je qm
	Anzahl	1 000 qm	DM	Anzahl	1 000 qm	DM	%					
unter 2 000 Einwohner	3 300	2 749	10,16	803	1 017	7,01	1,9	6,7	- 3,8	- 12,7	- 14,2	23,2
2 000 - 5 000 "	1 806	1 446	17,42	479	904	11,67	10,0	14,0	2,8	35,3	86,0	25,6
5 000 - 10 000 "	1 263	1 050	23,77	364	533	15,44	- 2,8	0,8	- 6,7	13,0	- 19,0	27,0
10 000 - 20 000 "	557	512	26,55	128	277	13,50	39,3	26,4	- 10,1	2,4	13,5	0,4
20 000 - 50 000 "	674	669	26,78	210	370	19,53	8,2	18,8	- 20,1	10,5	- 25,1	80,8
50 000 - 100 000 "	373	357	35,07	14	25	14,44	13,0	21,0	2,2	- 54,8	- 61,5	- 27,3
100 000 und mehr "	473	398	96,22	280	820	34,34	- 15,4	- 47,6	47,4	33,3	176,1	6,9
I n s g e s a m t	8 446	7 181	22,34	2 278	3 946	16,57	4,3	4,0	- 6,9	5,9	15,1	46,8

juristischen Personen aus dagegen die Merkmale Fläche und Kaufsumme, dann verlagert sich das Hauptgewicht von der Veräußerer- auf die Erwerberseite. Ein Drittel der Fläche und 28% der Kaufsumme entfielen auf Käufe juristischer Personen gegenüber einem Fünftel der Fläche und 16% der Kaufsumme bei den Verkäufen. 74 Mill. DM zahlten die juristischen Personen an natürliche Personen, während sie von diesen nur knapp 42 Mill. DM erhielten.

2. Räumliche Teilmärkte

Gemeindegrößenklassen

Auf Kleinstgemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern entfielen 37% aller Kauffälle. Beeinflusst durch die in jenen Orten niedrigen Bodenpreise belief sich ihr Anteil an der gesamten Kaufsumme auf nur 15%. Die Vermutung, daß in Gemeinden mit ansteigender Bevölkerungszahl die Kauffälle abnehmen, traf für die einzelnen Größenklassen bis zu 20 000 Einwohnern zu. Ein gutes Fünftel aller Verkäufe wurden in Gemeinden mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern getätigt, während es in den beiden nächsthöheren Klassen (5 000 bis 10 000 bzw. 10 000 bis 20 000 Einwohner) 16 bzw. 6% waren. Damit entfielen vier Fünftel der Kauffälle auf Ortschaften bis zu 20 000 Einwohnern, aber nur 73% der veräußerten Fläche mit einer Kaufsumme von 53%. Großstädte vereinigten 8% der Verkaufsfälle und 11% der Fläche auf sich. Die dafür aufgebrachte Kaufsumme machte immerhin 30% der insgesamt gezahlten Summe aus.

In allen Gemeindegrößenklassen war, wie schon im Vorjahr, bei den Kauffällen die durchschnittliche Grundstücksgröße in der Gruppe 500 bis 1 000 qm am stärksten besetzt. Bei einem Landesdurchschnitt von 47% innerhalb der Gruppe 500 bis 1 000 qm lagen die höchsten Anteile in den beiden niedrigsten Gemeindegrößenklassen (56 bzw. 51%). Insgesamt fanden 13 bzw. 22% der Transaktionen in den Grundstücksgrößenklassen 300 bis 500 qm und 1 000 bis 3 000 qm statt.

Regionale Schwerpunkte

Erwartungsgemäß fand fast die Hälfte aller Baulandverkäufe in dem einwohnermäßig größten Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz statt (47%). Mit nur geringem Abstand folgte der Bezirk Koblenz

(44%), während die restlichen 9% dem Bezirk Trier zuzuordnen waren. Die Aufgliederung nach der Fläche brachte fast die gleichen Prozentwerte (47, 42 und 11%). Bedingt durch die verschiedenartige Struktur der Regierungsbezirke ergaben sich bei der umgesetzten Kaufsumme Abweichungen von den in diesem Abschnitt bisher genannten Prozentwerten, wobei aber die Reihenfolge der Bezirke gleich blieb. Fast drei Fünftel der Kaufsumme kam auf den am stärksten industrialisierten Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Mitentscheidend für dieses Ergebnis waren neben den in dieser Region höheren Baulandpreisen die größere Anzahl der kreisfreien Städte. Gut ein Drittel der verausgabten Beträge vereinigte der Bezirk Koblenz auf sich, die übrigen 6% der Bezirk Trier. Hinsichtlich der beiden dominierenden Baulandarten ergaben sich bei baureifem Land und Rohbauland für die drei Unterscheidungskriterien Kauffälle, Fläche und Kaufsumme keine großen regionalen Abweichungen gegenüber dem Gesamtergebnis.

Die meisten Verkäufe wurden in den Landkreisen Birkenfeld (797), Germersheim (716) und Koblenz (646) gezählt. Von den kreisfreien Städten lagen Mainz (512) und Koblenz (331) an der Spitze, die auch mit 45,2 bzw. 20,6 Mill. DM die höchsten Kaufsummen aufwiesen. Diese Angaben beziehen sich auf den Gebietsstand vom 7. Juni 1969.

3. Preisdifferenzierungen

Für alle Baulandarten errechnete sich ein globaler Durchschnittspreis für unbebaute Grundstücke im Berichtsjahr von 17,86 DM je qm, was einer Steigerung um 7,6% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Vergleichsweise lag der Wert 1962 noch bei 8,43 DM je qm (+ 112%). Eindeutigere Aussagen lassen sich in der Unterscheidung nach Baulandarten machen. Der 1970 für baureifes Land ermittelte Quadratmeterpreis von 22,34 DM lag um 7% unter dem des Vorjahres (23,99 DM). Damit wurde der seit 1962 festzustellende Preisanstieg, der außer im Rezessionsjahr 1966 stets mehr als 10% betrug, unterbrochen. Dieser Preisrückgang ergab sich durch einige extrem niedrige Quadratmeterpreise, die besonders in ländlichen Gegenden festzustellen waren. So lagen die Preise für 21% des baureifen Landes zwischen 6,64 DM und 8,81 DM je qm. Beim

Baulandverkäufe und Preise in den Verwaltungsbezirken 1970

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand: 7. Juni 1969)	Insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland		
	Kauffälle	1 000 qm	1 000 DM	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm	Kauffälle	1 000 qm	DM je qm
Kreisfreie Stadt Koblenz	331	442	20 643	103	85	129,88	77	126	24,22
Landkreise									
Ahrweiler	280	277	5 273	278	269	19,49	2	7	3,41
Altenkirchen (Ww.)	133	121	1 204	126	114	10,22	7	7	5,57
Bad Kreuznach	461	544	9 895	300	255	22,60	76	159	13,66
Bad Kreuznach, St.	110	166	5 249	70	90	36,02	17	28	27,39
Birkenfeld	797	1 384	6 994	402	485	6,64	106	254	6,69
Idar-Oberstein, St.	313	648	4 012	177	221	7,52	35	145	7,78
Cochem-Zell	134	134	1 481	40	34	16,47	80	79	10,60
Koblenz	646	443	11 133	268	140	34,28	150	115	18,78
Mayen	468	594	10 335	368	311	21,62	63	132	10,58
Andernach, St.	104	181	4 981	91	112	32,12	3	3	14,63
Neuwied	590	635	8 832	348	304	14,83	207	189	15,94
Neuwied, St.	44	63	1 061	16	9	33,22	24	23	19,55
Oberwesterwaldkreis	506	462	3 535	379	328	8,81	119	126	4,90
Rhein-Hunsrück-Kreis	425	487	3 684	343	278	10,64	28	78	5,01
Rhein-Lahn-Kreis	490	400	5 245	359	270	14,15	80	94	8,31
Lahnstein, St.	72	54	1 522	42	31	27,71	5	3	34,58
Unterwesterwaldkreis	240	321	3 618	233	244	13,75	2	5	12,71
Reg. Bez. Koblenz	5 501	6 244	91 872	3 547	3 117	17,97	997	1 371	11,86
Kreisfreie Stadt Trier	59	125	2 037	42	43	26,28	10	26	20,40
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	392	581	5 490	202	143	15,60	131	270	8,24
Bitburg	136	229	1 926	124	162	8,77	8	37	5,35
Daun	94	102	797	88	82	8,60	5	18	4,15
Prüm	63	75	472	59	65	6,84	1	1	7,50
Trier-Saarburg	362	425	3 755	285	250	11,30	40	82	6,01
Reg. Bez. Trier	1 106	1 537	14 477	800	745	11,77	195	434	8,13
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	90	68	1 848	60	31	45,85	1	5	35,00
Kaiserslautern	50	53	1 671	49	52	31,77	1	1	29,41
Landau i. d. Pfalz	59	48	2 019	37	27	53,13	22	21	27,57
Ludwigshafen a. Rhein	100	104	9 639	79	51	154,19	20	51	35,45
Mainz	512	943	45 162	249	220	83,75	173	617	36,91
Neustadt a. d. Weinstr.	142	231	6 525	111	144	39,62	-	-	-
Pirmasens	132	169	4 042	89	67	38,87	8	15	15,43
Speyer	136	381	7 348	20	28	67,00	95	126	29,56
Worms	144	139	3 243	124	94	27,25	5	10	12,04
Zweibrücken	62	85	1 059	53	29	23,14	6	9	20,22
Landkreise									
Alzey-Worms	218	198	2 705	205	179	14,02	12	18	9,90
Bad Dürkheim	608	708	15 109	483	464	26,86	51	91	13,61
Donnersbergkreis	169	172	1 474	118	96	11,05	45	64	5,56
Germersheim	716	671	9 646	572	462	17,54	124	176	7,54
Kaiserslautern	264	334	2 749	195	191	10,82	5	11	16,64
Kusel	192	213	1 405	154	130	7,06	30	54	7,20
Landau-Bad Bergzabern	520	586	7 531	290	209	17,49	227	370	10,04
Ludwigshafen	598	498	14 092	489	327	34,39	93	106	22,56
Mainz-Bingen	555	699	13 230	368	245	25,54	137	352	16,64
Bingen, St.	43	40	1 090	37	33	30,91	1	2	16,00
Pirmasens	427	469	3 877	276	213	12,80	24	39	8,26
Zweibrücken	108	82	582	78	60	8,39	7	5	7,90
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	5 802	6 851	154 956	4 099	3 319	28,82	1 086	2 141	21,30
Rheinland-Pfalz	12 409	14 632	261 305	8 446	7 181	22,34	2 278	3 946	16,57

Rohbauland trat eine ganz andere Entwicklung ein. Es kam zu einem Durchschnittspreis von 16,57 DM gegenüber 11,29 DM im Vorjahr; das entspricht einem Preisanstieg um 47%. Ebenfalls waren Preiserhöhungen beim Land für Verkehrszwecke, bei Freiflächen und Industrieland zu verzeichnen. Gegenüber 1962 verteuerte sich der Durchschnittspreis je qm bei Rohbauland stärker als bei baureifem Land (+ 121% bzw. + 107%). Diese als inflationär anzusehende Preiserhöhung für die beiden wichtigsten Baulandarten wird noch deutlicher, wenn ihr die Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte sowie der Gesamtbaupreisindex gegenübergestellt werden. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich diese Indizes um 24 bzw. 43%.

Eine besonders starke Streuung der Quadratmeterpreise war nach der Art des Baugebietes ersichtlich. Der höchste Preis von 260,79 DM wurde für baureifes Land im Geschäftsgebiet mit Wohngebiet errechnet, während der Höchstpreis im Dorfgebiet nur 10,87 DM betrug. Rohbauland schwankte im Preis zwischen 20,93 DM im Wohngebiet in offener Bauweise und 8,27 DM im Dorfgebiet.

Der in einem marktwirtschaftlichen System geltende Ausgleich von Angebot und Nachfrage bewirkt in verschiedenen Bereichen eine Differenzierung der Preise. Eindeutig zeigt sich dies in der Aufgliederung nach Gemeindegrößenklassen. In Kleinstgemeinden unter 2 000 Einwohnern lag der Preis je qm für baureifes Land im Durchschnitt bei

10,16 DM, um mit ansteigender Größenklasse stetig zuzunehmen. Großstädte wiesen erwartungsgemäß den höchsten Wert mit 96,22 DM je qm auf. Für Rohbauland galt die Regel, daß mit zunehmender Verstädterung die Quadratmeterpreise anziehen, nicht. Vielmehr war hier ein uneinheitliches Preisgefüge zu erkennen. Zwischen der niedrigsten und der höchsten Gemeindegrößenklasse differierte der Preis je qm von 7,01 DM bis 34,34 DM. Während sich in Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern die Preise für baureifes Land gegenüber dem Vorjahr um 20% verminderten, zogen jene in Großstädten um 47% an. Ganz anders verlief die Entwicklung bei Rohbauland, das im Vergleich zu 1969 um 47% teurer wurde. Besonders auffallend war hier der Preisauftrieb in Gemeinden von 20 000 bis 50 000 Einwohnern (+ 81%).

Die Aufgliederung der Grundstücksveräußerungen nach Preisgruppen vermittelt einen Eindruck von der Breite der Preisstreuung. In 61% aller Verkäufe kostete ein Quadratmeter Bauland zwischen 2 und 20 DM. Am dichtesten war die Gruppe 5 bis 10 DM je qm mit einem Anteil von 22% besetzt. Während von den insgesamt 12 409 Verkaufsfällen 33 zur untersten Preisklasse (unter 1 DM je qm) zählten, waren es in der höchsten (500 und mehr DM je qm) noch 15 Fälle. Naturgemäß war Rohbauland in den niedrigeren Preisgruppen stärker vertreten als baureifes Land.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Wohngeldzahlungen 1970

Das Wohngeldgesetz vom 1. April 1965 hat sich als wirksames Instrument erwiesen, übermäßige soziale Härten beim Übergang des Wohnungsmarktes aus zwangswirtschaftlichen Bindungen in die soziale Marktwirtschaft bei breiten Bevölkerungsschichten zu verhindern oder wenigstens abzumildern. Da aber im Laufe der Jahre erhebliche Veränderungen in den Anspruchsgrundlagen eingetreten waren - insbesondere erhöhten sich Einkommens- und Mietenniveau, und auch die Vorstellungen über den Mindestbedarf an Wohnraum je Person haben sich im positiven Sinne verändert —, sah sich der Gesetzgeber inzwischen zu einer Überarbeitung und Neufassung der Wohngeldbestimmungen veranlaßt. Das Ergebnis ist das Zweite Wohngeldgesetz, welches mit Wirkung vom 1. Januar 1971 in Kraft trat. Die bisherigen, etwas komplizierten Bestimmungen wurden erheblich vereinfacht. Maßgebend für die Höhe des Wohngeldes sind jetzt nur noch Personenzahl des Haushalts, anrechenbares Familieneinkommen und zu berücksichtigende Miete oder Belastung. Das dem Gesetz beigegebene Tabellenwerk erlaubt es jedem möglichen Anspruchsberechtigten, die Höhe des zu erwartenden Wohngeldes genau abzulesen, so daß aussichtslose Anträge viel weniger häufig zur Vorlage kommen werden. Bisher fiel für solche Anträge ein erheblicher Arbeitsaufwand in den Bewilligungsstellen (Landratsämter, Stadtverwaltungen der kreisfreien Städte und der großen kreisangehörigen Gemeinden) an. — Mit den folgenden Darlegungen werden zum letzten Male Jahresergebnisse bzw. Stichtagsergebnisse zum Jahresende nach dem alten Wohngeldrecht kommentiert.

1. Gesamtüberblick

Infolge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. November 1969, wonach § 29 des Wohngeldgesetzes verfassungswidrig und daher nicht mehr anzuwenden ist, kamen 1970 auch viele Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger, die bis dahin vom Bezug eines Wohngeldes ausgeschlossen waren, zu dem Kreis der Anspruchsberechtigten hinzu. Andererseits stieg das Einkommensniveau gerade im Jahre 1970 sehr stark an, viel stärker jedenfalls als das Mietenniveau, so daß von dieser Seite her die Tendenz einer sich verringernden Anzahl von Wohngeldempfängern festzustellen war. Per Saldo waren am 1. Januar 1971 insgesamt 35 009

Ausgezahlte Wohngeldbeträge nach Regierungsbezirken und Zuschußarten 1970

Regierungs- bezirk	Ins- gesamt	Miet- zuschuß		Lasten- zuschuß	
	1 000 DM		%	1 000 DM	%
Koblenz	8 068	6 842	84, 8	1 226	15, 2
Trier	2 951	2 298	77, 9	653	22, 1
Rheinhesen-Pfalz	10 593	9 535	90, 0	1 058	10, 0
Insgesamt	21 612	18 675	86, 4	2 937	13, 6

Monatliches Familieneinkommen	Ins- gesamt	Selbständige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Rentner, Pensionäre		Sonstige Nicht- erwerbstätige	
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Empfänger von Mietzuschuß													
bis 200 DM	6 477	28	0,4		0,1	7	0,1	91	1,4	5 202	80,3	1 148	17,7
201 " 400 "	13 817	73	0,5	2	0,0	78	0,6	300	2,2	12 473	90,3	891	6,4
401 " 600 "	4 736	82	1,7	24	0,5	175	3,7	427	9,0	3 601	76,1	427	9,0
601 " 800 "	2 604	43	1,7	146	5,6	362	13,9	1 206	46,3	699	26,8	148	5,7
801 " 1 000 "	2 656	24	0,9	367	13,8	497	18,7	1 593	60,0	123	4,6	52	2,0
1 001 und mehr "	1 953	18	0,9	351	18,0	484	24,8	1 043	53,4	40	2,0	17	0,9
Insgesamt	32 243	268	0,8	891	2,8	1 603	5,0	4 660	14,5	22 138	68,6	2 683	8,3
dagegen 1970	29 512	249	0,8	1 831	6,2	2 127	7,2	5 833	19,8	18 343	62,2	1 129	3,8
Empfänger von Lastenzuschuß													
bis 200 DM	63	-	-	-	-	-	-	2	3,2	52	82,5	9	14,3
201 " 400 "	166	8	4,8	-	-	-	-	10	6,0	135	81,4	13	7,8
401 " 600 "	195	16	8,2	-	-	2	1,0	23	11,8	137	70,3	17	8,7
601 " 800 "	529	17	3,2	7	1,3	30	5,7	382	72,2	81	15,3	12	2,3
801 " 1 000 "	869	8	0,9	44	5,1	101	11,6	670	77,1	37	4,3	9	1,0
1 001 und mehr "	944	5	0,5	115	12,2	191	20,2	600	63,6	26	2,8	7	0,7
Insgesamt	2 766	54	2,0	166	6,0	324	11,7	1 687	61,0	468	16,9	67	2,4
dagegen 1970	3 590	68	1,9	312	8,7	450	12,5	2 258	62,9	457	12,7	45	1,3

Wohngeld beziehende Haushalte vorhanden, also 5,8% mehr als ein Jahr zuvor. Die Aufschlüsselung der Zahl nach Miet- und Lastenzuschußempfängern ergibt eine konkretere Aussage. Da die Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgebezieher ganz überwiegend zu den Mietern zählen, erhöhte sich die Anzahl der Mietzuschußempfänger um 9,3%. Andererseits führten die verbesserten wirtschaftlichen Verhältnisse und sicher auch das verstärkte Auslaufen von seinerzeit beim Erwerb des Eigentums aufgenommenen Belastungen (Hypotheken, Bankdarlehen) zu einem erheblichen Rückgang der Lastenzuschußempfänger um fast 23%. Die für beide Zuschußarten ausgegebenen Mittel, wovon je die Hälfte der Bund und das Land zu tragen hatten, beliefen sich auf rund 21,6 Mill. DM. Etwa 18,7 Mill. DM oder 86,4% entfielen davon auf Mietzuschuß, 2,9 Mill. DM oder 13,6% auf Lastenzuschuß. 1966 noch war das

Verhältnis der beiden Zuschußarten zueinander, gemessen an den ausgegebenen Beträgen, etwa 7 zu 3. In der regionalen Untergliederung nach Regierungsbezirken gab es hier durchaus beachtliche Unterschiede. So waren im Regierungsbezirk Trier 1970 immer noch 22,1% der für Wohngeld aufgewendeten Mittel Lastenzuschüsse, in Rheinhessen-Pfalz dagegen nur 10,0%.

2. Struktur des Empfängerkreises

Wenn in den folgenden Untersuchungen vom Einkommen bzw. Familieneinkommen gesprochen wird, dann handelt es sich hierbei nicht um das tatsächlich erzielte Einkommen. Von dem effektiven Einkommen werden nämlich bei der Wohngeldberechnung gewisse gesetzlich fixierte Teile, wie Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz, Steuer- und Versicherungspauschale von 15%, Kindergeld, Freibetrag für Empfänger niedriger Einkommen, abgezogen. Das echte Ein-

Wohngeldempfänger nach Haushalts- und Wohnungsgröße sowie Zuschußarten am 1. 1. 1971

Haushaltsgröße	Ins- gesamt 1)	Mit einer Wohnfläche von über ... bis ... qm							
		bis 40		40 - 80		80 - 120		über 120	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Empfänger von Mietzuschuß									
1 und 2 Personen	22 485	8 942	39,8	13 301	59,2	236	1,0	6	0,0
3 " 4 "	4 765	113	2,4	3 640	76,4	1 005	21,1	7	0,1
5 " 6 "	2 880	25	0,9	1 167	40,5	1 647	57,2	41	1,4
7 und mehr "	1 186	7	0,6	397	33,5	679	57,2	103	8,7
Insgesamt	31 316	9 087	29,0	18 505	59,1	3 567	11,4	157	0,5
dagegen 1970	28 624	6 510	22,7	17 889	62,5	4 086	14,3	139	0,5
Empfänger von Lastenzuschuß									
1 und 2 Personen	219	12	5,5	164	74,9	41	18,7	2	0,9
3 " 4 "	610	1	0,2	170	27,9	394	64,6	45	7,3
5 " 6 "	1 050	-	-	103	9,8	765	72,9	182	17,3
7 und mehr "	770	-	-	38	4,9	477	62,0	255	33,1
Insgesamt	2 649	13	0,5	475	17,9	1 677	63,3	484	18,3
dagegen 1970	3 469	13	0,4	664	19,1	2 225	64,1	567	16,4

1) Ohne Haushalte mit Sonderbedarf an Wohnfläche.

kommen des Einzelhaushalts oder der Familie wird also immer, zum Teil sogar erheblich, über dem ausgewiesenen anrechenbaren Familieneinkommen der Wohngeldberechnung liegen.

Die aufgrund der eingangs erwähnten verfassungsgerichtlichen Entscheidung neu hinzugekommenen Mietzuschußempfänger veränderten die soziale Struktur des Empfängerkreises insofern, als der Anteil der Rentner und Pensionäre von 62,2% im Jahre 1969 auf nunmehr 68,6% und derjenige der sonstigen Nichterwerbstätigen von 3,8 auf 8,3% anstieg. Zum Teil sind hier auch Abgänge von inzwischen mit ihrem Einkommen aus den Anspruchsgrenzen herausgewachsenen anderen sozialen Gruppen wirksam gewesen. Auch bei den Lastenzuschußempfängern war eine gleichgerichtete Tendenz festzustellen. Hier erhöhten sich die entsprechenden Anteile von 12,7 auf 16,9% und von 1,3 auf 2,4%.

Nimmt man zu der sozialen Stellung die Klassifizierung nach Einkommensgruppen hinzu, so ergeben sich gegenüber dem Vorjahre einige interessante Verschiebungen. Mit wenigen Ausnahmen nahm innerhalb der Empfänger von Mietzuschuß die relative Bedeutung der unteren Einkommensgruppe bis 200 DM zu. Besonders stark war die Zunahme bei den Rentnern und Pensionären sowie bei den sonstigen Nichterwerbstätigen. Fielen 1969 erst 21,4 bzw. 25,4% in diese Einkommensgruppe, so waren es 1970 immerhin 23,5 bzw. 42,8%. Entsprechende Rückgänge ließen sich in den mittleren Einkommensgruppen nachweisen. Die starke Veränderung innerhalb der sonstigen Nichterwerbstätigen ist wiederum in dem Hinzukommen der Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgeempfänger begründet.

Wenn auch die kräftige Erhöhung der Einkommen das völlige Ausscheiden vieler Haushalte aus

dem Kreis der Wohngeldempfänger bewirkte, so hatte sie andererseits als Nebeneffekt eine außergewöhnliche Stärkung des Gewichts der oberen Einkommensgruppe über 1 000 DM zur Folge. Innerhalb der Mietzuschußempfänger stiegen beispielsweise die Anteile der Beamten und Arbeiter von 14,5 bzw. 10,7% auf 39,4 bzw. 22,4%. Lediglich bei den Selbständigen verringerte sich das Gewicht dieser oberen Einkommensklasse.

Die Kombination von Haushalts- und Wohnungsgröße zeigt verhältnismäßig wenig gravierende Veränderungstendenzen. Als allgemeine Feststellung kann lediglich vermerkt werden, daß durch die bereits mehrfach erwähnten strukturellen Umschichtungen als Folge verfassungsgerichtlicher Beschlüsse die Ein- und Zweipersonenhaushalte unter den Mietzuschußempfängern etwas stärker in der niedrigsten Wohnungsgrößenklasse bis 40 qm Wohnfläche vertreten waren als im Vorjahre (39,8 gegenüber 36,1%). Im übrigen war bei den Haushalten mit drei und mehr Personen eine geringfügige Verstärkung der Besetzung von größeren Wohnungen festzustellen.

3. Höhe des Wohngeldes

Die Höhe des gezahlten Wohngeldes ist abhängig von der Miet- bzw. Belastungshöhe und dem Verhältnis zum anrechenbaren Familieneinkommen. Von Bedeutung sind nach den Bestimmungen des Wohngeldgesetzes auch noch die benötigte Wohnfläche — sie schwankt entsprechend der Personenzahl des Haushalts —, die Obergrenze der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung und die Bestimmungen über den selbst zu tragenden Teil der Miete oder Belastung.

Wohngeldempfänger nach Familieneinkommen, Haushaltsgröße und Höhe des Wohngeldes am 1.1.1971

Monatliches Familieneinkommen Haushaltsgröße	Insgesamt	Mit einem Wohngeld in Höhe von ... DM					
		unter 40	40 - 60	60 - 80	80 - 100	100 - 120	120 und mehr
Mietzuschuß							
bis 300 DM	14 709	6 765	4 985	2 032	570	188	169
301 " 600 "	10 321	5 531	2 432	1 276	538	232	312
601 " 800 "	2 604	1 083	436	393	244	231	217
801 " 1 000 "	2 656	1 191	495	395	243	149	183
1 001 und mehr "	1 953	1 024	368	250	135	94	82
1 Person	17 226	9 334	5 643	1 953	279	16	1
2 Personen	6 050	2 865	1 457	1 007	483	159	79
3 "	2 314	960	458	396	250	130	120
4 "	2 548	1 063	471	374	276	206	158
5 und mehr "	4 105	1 372	687	616	442	383	605
Insgesamt	32 243	15 594	8 716	4 346	1 730	894	963
Lastenzuschuß							
bis 300 DM	131	65	29	25	5	3	4
301 " 600 "	293	98	49	60	31	11	44
601 " 800 "	529	153	74	72	76	60	94
801 " 1 000 "	869	296	165	144	96	57	111
1 001 und mehr "	944	402	164	122	95	64	97
1 Person	106	62	22	21	1	-	-
2 Personen	144	69	34	28	8	4	1
3 "	138	67	24	24	16	3	4
4 "	514	243	93	77	62	27	12
5 und mehr "	1 864	573	308	273	216	161	333
Insgesamt	2 766	1 014	481	423	303	195	350

Wohngeldempfänger nach Einkommensgruppen und Belastungsgrad des Familieneinkommens am 1.1.1971

Monatliches Familieneinkommen	Ins- gesamt	Mit einem Belastungsgrad von ... % des Einkommens über dem Tragbarkeitssatz			
		0 - 1	1 - 5	5 - 15	15 und mehr
Empfänger von Mietzuschuß					
bis 200 DM	6 477	1 727	1 028	1 389	2 333
201 - 300 "	8 232	2 331	1 504	2 539	1 858
301 - 400 "	5 585	1 632	1 231	1 766	956
401 - 600 "	4 736	1 379	1 049	1 670	638
601 - 800 "	2 604	1 113	685	668	138
801 - 1 000 "	2 656	1 440	790	402	24
1 001 und mehr "	1 953	1 175	563	207	8
Insgesamt	32 243	10 797	6 850	8 641	5 955
Empfänger von Lastenzuschuß					
bis 200 DM	63	8	4	18	33
201 - 300 "	68	7	8	30	23
301 - 400 "	98	21	17	24	36
401 - 600 "	195	49	35	66	45
601 - 800 "	529	208	124	161	36
801 - 1 000 "	869	354	222	254	39
1 001 und mehr "	944	380	289	256	19
Insgesamt	2 766	1 027	699	809	231

Am Stichtag des Berichtsjahres 1. Januar 1971 bezogen 48,3% der Mietzuschußempfänger ein Wohngeld von weniger als 40 DM, 27% erreichten 40 bis 60 DM und 13,5% 60 bis 80 DM. Nur 11,2% kamen auf 80 DM und mehr. Bei den Lastenzuschußempfängern waren die oberen Größenklassen stärker besetzt. Nur 36,6% fielen in die Gruppe unter 40 DM, dagegen 30,7% in die Gruppe ab 80 DM.

Nach der Einkommensklasse der Haushalte untergliedert zeigt sich, daß innerhalb der Empfänger von Mietzuschuß die weniger als 40 DM Wohngeld beziehenden Haushalte zu 43,4% in die Einkommensklasse bis 300 DM monatliches Familieneinkommen fielen und zu 35,5% in die Klasse zwischen 300 und 600 DM. Bei den Lastenzuschußempfängern betrugen dagegen die korrespondierenden Werte 6,4 und 9,7%, dafür fielen aber 29,2% in die Klasse zwischen 800 und 1 000 DM und sogar 39,6% in die über 1 000 DM. Mit steigender Wohnungsgröße ergab sich dann eine stärkere Besetzung der oberen Einkommensgruppen.

Die Kombination zwischen Wohnungsgröße und Personenzahl des Haushalts führte bei Miet- und Lastenzuschußempfängern zu gegenläufigen Ergebnissen. Während bei dem erstgenannten Personenkreis fast 60% der Haushalte mit weniger als 40 DM Wohngeld Einpersonenhaushalte darstellten und nur 8,8% aus fünf und mehr Personen bestanden, stellten sich die entsprechenden Zahlenwerte bei den Empfängern von Lastenzuschuß auf 6,1 und 56,5%. Mit steigender Wohngeldhöhe sinkt dann auch bei den Empfängern von Mietzuschuß die Besetzung der unteren Haushaltsgrößenklassen. Bei 120 DM und mehr waren nur noch 0,1% Einpersonenhaushalte vorhanden, dagegen aber 62,8% Haushalte mit fünf und mehr Personen. Die zuletzt genannte Zahl betrug bei den Lastenzuschußempfängern 95,2%. Tatsächlich hat bei allen Gliederungskriterien immer wieder die soziale Stellung der Haushaltsvorstände entscheidenden Einfluß auf die Struktur der Zahlenwerte. Es sei nur nochmals hervorgehoben, daß 68,6% der Haushalte mit Mietzuschuß Rentner und Pensionäre waren, daß sich aber unter den Lastenzuschuß beziehenden Haushalten andererseits 61% Arbeiterfamilien befanden.

4. Belastungsgrad des Einkommens

Die Wohngeldbestimmungen hatten keinesfalls den Zweck, Inhaber von Wohnraum, auch wenn sie einkommensschwach waren, von jeder finanziellen Verpflichtung für diesen Wohnraum zu befreien. Sinn des Gesetzes war es vielmehr, jeder Familie ein Mindestmaß an Wohnraum wirtschaftlich zu sichern. Der Gesetzgeber hat daher festgelegt, bis zu welchem Grad das monatliche Familieneinkommen durch Miete oder Kapitaleinsatz bzw. Bewirtschaftungskosten belastet werden kann, ehe ein Wohngeldanspruch entsteht (tragbare Miete oder Belastung). Je nach Haushaltsgröße und Familieneinkommen streuen diese Sätze zwischen 5 und 22%.

Übereinstimmend mit dem Schwabe'schen Gesetz läßt sich erneut feststellen, daß bei beiden Empfängergruppen die Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen die stärksten Überschreitungen des gesetzlichen Tragbarkeitssatzes aufwiesen, während die höheren Einkommensbezieher größtenteils dicht über dem Tragbarkeitssatz lagen. Nur etwas über

Hauptmieterhaushalte mit Mietzuschuß und Empfänger von Lastenzuschuß nach dem Einkommensbelastungsgrad vor und nach der Gewährung von Wohngeld am 1.1.1971

Belastungsgrad vor Gewährung des Wohngeldes von ... % des Einkommens	Ins- gesamt	Belastungsgrad <u>nach</u> Gewährung des Wohngeldes von ... % des Einkommens											
		5 - 7	7 - 10	10 - 12	12 - 14	14 - 16	16 - 18	18 - 20	20 - 22	22 - 24	24 - 26	26 - 30	30 und mehr
unter 8	75	74	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
8 - 10	258	125	133	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
10 - 12	570	128	368	74	-	-	-	-	-	-	-	-	-
12 - 14	1 098	183	447	321	147	-	-	-	-	-	-	-	-
14 - 16	1 828	176	475	363	533	281	-	-	-	-	-	-	-
16 - 18	2 871	165	435	376	666	901	328	-	-	-	-	-	-
18 - 20	3 425	168	410	337	660	842	825	183	-	-	-	-	-
20 - 22	3 547	135	348	296	586	746	756	521	159	-	-	-	-
22 - 24	3 227	100	293	249	496	567	577	465	396	84	-	-	-
24 - 26	2 810	43	272	194	373	461	435	391	338	256	47	-	-
26 - 30	4 502	84	473	181	534	592	633	586	549	402	309	159	-
30 und mehr	10 366	158	332	576	549	719	858	942	917	1 009	875	1 461	1 970
Insgesamt	34 577	1 539	3 987	2 967	4 544	5 109	4 412	3 088	2 359	1 751	1 231	1 620	1 970

ein Viertel der Empfänger von Mietzuschuß mit einem Familieneinkommen bis 200 DM hatte einen Belastungsgrad von weniger als 1% über dem Tragbarkeitssatz, dagegen über ein Drittel einen solchen von 15% und mehr. Innerhalb der Haushalte mit einem Familieneinkommen von 1 000 DM und mehr waren die entsprechenden Werte mit 60,2 und 0,4% extrem gegenteilig. Bei den Lastenzuschußempfängern, welche nur bis 200 DM Familieneinkommen bezogen, betrug der Anteil der Haushalte mit 15% und mehr Belastungsgrad über dem Tragbarkeitssatz sogar 52,4%. Infolge des steigenden Mietniveaus hat sich die seit einigen Jahren beobachtete Tendenz, daß innerhalb der Mietzuschußempfänger die Gruppe der Haushalte mit dem höchsten Belastungsgrad über dem Tragbarkeitssatz (15% und mehr) zunimmt, fortgesetzt.

Eine Aufgliederung aller Wohngeldempfänger nach dem Grad der Belastung des Einkommens durch Miete bzw. durch Kapitaldienst und Bewirtschaftungskosten vor und nach der Wohngeldgewährung zeigt deutlich die erheblichen Auswirkungen dieser Maßnahme. Spitzenbelastungen vor der Wohngeldgewährung sind nach Bezug des Wohngeldes verschwunden oder weitgehend reduziert. So gaben im Berichtsjahr 30% der Haushalte vor der Wohngeldgewährung 30 und mehr Prozent ihres Einkommens für Miete oder Belastung aus, nach der Wohngeldgewährung waren es nur noch knapp 6%. Vor der Wahrnehmung ihrer Wohngeldansprüche hatten nur 5,8% der Empfängerhaushalte weniger als 14% Einkommensbelastung, nachher waren es 37,6%.

Dr. P. Baron

Grund-, Haupt- und Sonderschulen im Schuljahr 1970/71

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß Bildungsreformen ohne Koordinierung und Schwerpunktbildung der Bildungsforschung nicht erfolgreich sein können. Dabei gab es im Laufe der Jahre verschiedene Bemühungen, die Zusammenarbeit im Bereich des Bildungswesens zu verbessern. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang besonders das Hamburger Abkommen vom 28. Oktober 1964 zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens, das den herkömmlichen Begriff Volksschule durch den Begriff Grund- und Hauptschule ersetzt. Die gesetzgeberischen Maßnahmen der letzten Jahre regelten in dem neuen Landesgesetz vom 9. Mai 1968 in der Fassung vom 10. Juli 1969 (GHSSchG) Aufbau und Gliederung der bisherigen Volksschulen nach neuen Gesichtspunkten mit dem Ziel, ihre Leistungsfähigkeit im Interesse einer Anhebung des gesamten Ausbildungsniveaus der Jugendlichen zu verbessern. Auch in der Statistik der allgemeinbildenden Schulen erscheint die bisher noch verwendete Bezeichnung Volksschule nicht mehr, obwohl die organisatorische und räumliche Umgestaltung der Volksschule in eine die Klassenstufen eins bis vier umfassende Grundschule und eine fünf weitere Klassenstufen umfassende Hauptschule noch nicht überall erfolgen konnte.

Die vierjährige Grundschule (Primarbereich) ist in der Weimarer Republik entstanden und bis heute gemeinsame Schule für alle Kinder geblieben, soweit sie nicht eine Sonderschule besuchen. Ihre innere und äußere Umgestaltung dient dem Ziel, in einer Vorschul-erziehung¹⁾ unterschiedliche Startbedingungen auszugleichen und auf eine wissenschaftsorientierte Bildung im differenzierten Sekundarbereich vorzubereiten. Nach § 6 GHSSchG ist in der Grundschule die Bildung mindestens einer Klasse je Klassenstufe anzustreben, während der Ausbau der bisherigen Volksschuloberstufe zu einer eigenständigen Hauptschule mit der Forderung des Gesetzgebers verbunden ist, daß jeder Schüler der Hauptschule in einer seinem Jahrgang entsprechenden separaten Klasse unterrichtet wird. Dabei gilt die Mehrzügigkeit (mindestens eine Parallelklasse je Schuljahrgang) als Regelform, während die Einzügigkeit nur aus siedlungsstrukturellen Gründen ausnahmsweise zulässig sein soll. Der Konzentrationsprozeß der

ungegliederten und wenig gegliederten kleinen Schulen, häufig als Zwergschulen apostrophiert, hat sich in Auswirkung der neuen Landesgesetze erheblich beschleunigt.

1. Grund- und Hauptschulen

Schulen und Schüler

Am 5. September 1970, dem Erhebungsstichtag des Schuljahres 1970/71, besuchten 426 712 Schüler die 2 019 Grund- und Hauptschulen von Rheinland-Pfalz. 209 726 waren Mädchen und 216 986 Jungen. Auf die vier Klassenstufen (Schuljahrgänge) des Grundschulbereichs entfielen 252 524 Schüler, während 174 188 in den Klassen 5 bis 10 (Hauptschulbereich) gezählt wurden. 1960 gab es noch 3 185 Schulen mit etwa 367 000 Schülern. Bis 1968 verringerte sich diese Zahl um 562 auf 2 623 und innerhalb des darauffolgenden Jahres um weitere 155 auf 2 468. Die stärkste Abnahme pro Jahr wurde zu Beginn des Schuljahres 1970/71 festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Rheinland-Pfalz 2 019 Schulen, 449 weniger als 1969 und 1 166 weniger als 1960. Trotz Entkonfessionalisierung und Neuorganisation des Schulwesens im Grund- und Hauptschulbereich hat der Staat im übrigen durch privatschulgesetzliche Regelungen auch die Einrichtungen freier Träger bestätigt; 1970 gab es 11 Schulen dieser Art.

Daß die angestrebte räumliche und organisatorische Trennung der Grund- und Hauptschulen sowie die vom Gesetzgeber angestrebte Erfüllung der Gliederungsgrundsätze vielfach noch nicht berücksichtigt werden konnten, zeigt die Feststellung, daß 812 oder 40% der Schulen zwar die Schuljahrgänge 1 bis 4 führten, aber mehr als die Hälfte von ihnen (206) nur eine Klasse aufwies, 224 hatten zwei und 74 drei Klassen. Wesentlich ungünstiger waren die entsprechenden Zahlen freilich vom Jahr zuvor: 332 von 831 Schulen führten in nur einer Klasse die Schuljahrgänge 1 bis 4, während die Anzahl dieser Schulen mit drei Klassen nicht mehr als 50 betrug. In einem Flächenstaat wie Rheinland-

¹⁾ Vgl. „Versuche zur Vorschul-erziehung“ in „Schulentwicklung in Schulversuchen“. Schriftenreihe des Ministeriums für Unterricht und Kultus, Heft 6.

Klassenstufe	1967	1970	1967	1970
	Anzahl		%	
Schulen				
Klassen im Grundschulbereich				
1 - 4	287	812	10,4	40,0
Hauptschulbereich	28	144	1,0	7,2
5 - 9	20	134	0,7	6,7
6 - 9	2	-	0,1	-
7 - 9	6	4	0,2	0,2
5 - 8	-	6	-	0,3
Grund- u. Hauptschulbereich	2 437	1 063	88,6	53,0
1 - 9	1 109	432	40,3	21,6
1 - 8	828	392	30,1	19,6
1 - 7	70	-	2,6	-
1 - 6	372	169	13,5	8,5
1 - 5	21	-	0,8	-
Sonstige Kombinationen	37	70	1,3	3,3
Insgesamt	2 752	2 019	100,0	100,0
Schüler				
Klassen im Grundschulbereich				
1 - 4	19 629	126 770	4,8	29,7
Hauptschulbereich	9 946	65 586	2,5	15,4
5 - 9	7 284	65 092	1,8	15,3
6 - 9	730	-	0,2	-
7 - 9	1 932	269	0,5	0,1
5 - 8	-	225	-	0,1
Grund- u. Hauptschulbereich	374 296	234 356	92,7	54,9
1 - 9	262 466	166 104	65,0	38,9
1 - 8	69 619	42 615	17,2	10,0
1 - 7	6 086	-	1,5	-
1 - 6	27 205	13 202	6,7	3,1
1 - 5	3 860	-	1,0	-
Sonstige Kombinationen	5 060	12 435	1,3	2,9
Insgesamt	403 871	426 712	100,0	100,0

Pfalz mit zum Teil dünn besiedelten Gebieten stößt die Verwirklichung der schulischen Konzentrationsbestrebungen naturgemäß auf besondere Schwierigkeiten und Probleme.

Im Vergleich mit den Grundschulen entsprechen die eigenständigen Hauptschulen zu einem wesentlich höheren Anteil den gesetzlichen Forderungen. Von den 137 Schulen, welche die Schuljahrgänge 5 bis 9 bzw. 10 führen — 3 Schulen haben Schüler, die sich freiwillig im zehnten Schuljahr befinden —, haben nur 6 weniger, aber 131 mehr als zehn Klassen.

432 Schulen führen noch die Schuljahrgänge 1 bis 9 (1969: 574), in 392 Schulen werden die Schuljahrgänge 1 bis 8 unterrichtet, während in 169 Schulen die Schuljahrgänge 1 bis 6 vertreten sind. Daß sämtliche Schuljahrgänge in einer Klasse Unterricht erhalten, gibt es nur noch in 8 Fällen. Innerhalb eines Jahres hat sich die Anzahl dieser Schulen um 11 verringert.

Klassen

Zu den entscheidenden Voraussetzungen für die Entwicklung der Hauptschule zu einer weiterführenden Schule gehören die Maßnahmen, die dem Ausbau der Volksschuloberstufe und der Bildung größerer Einheiten dienen (Landschulreform, Verbandsschulen). Die Zusammenfassung ungegliederter und wenig gegliederter Volksschulen wird durch die rückläufigen Zahlen der jährlich festgestellten Schulen von Rheinland-Pfalz bestätigt. Als logische Konsequenz dieser Entwicklung

hat sich auch der Anteil der Jahrgangsklassen innerhalb weniger Jahre erheblich verändert.

Zu Beginn des Schuljahres 1970/71 erhielten annähernd 80% aller Schüler Unterricht in Jahrgangsklassen, während es 1967 erst 56,3 und 1969 immerhin schon 70,4% waren. Mußte 1967 noch nahezu jeder zweite Schüler gemeinsam mit Schülern anderer Schuljahrgänge unterrichtet werden, so war es 1970 nur noch jeder fünfte, auf den dieser Fall zutraf. Zudem befand sich mehr als die Hälfte dieser Schüler in Klassen, die sich nur aus zwei Schuljahrgängen zusammensetzten. Annähernd 10% saßen in Klassen mit fünf oder mehr Schuljahrgängen. Erfreulicherweise hat sich auch die Zahl der in ein-klassigen Schulen unterrichteten Schüler innerhalb von drei Jahren von etwa 25 500 auf 12 700 verringert; nur noch etwa 2 800 dieser Schüler werden in Gemeinschaftsklassen der Klassenstufen 1 bis 8 bzw. 1 bis 9 unterrichtet.

Betrachtet man Grund- und Hauptschuljahrgänge getrennt, dann ergibt sich für die Hauptschulklassen mit 83% (1969: 75,1%) ein etwas höherer Anteil von Schülern, die in reinen Jahrgangsklassen unterrichtet werden, als für die Grundschulklassen (76%; 1969: 66,4%). Für die Schüler der neunten und zehnten Klassenstufe ist das Ziel, in Jahrgangsklassen unterrichtet zu werden, zu mehr als 90% verwirklicht worden. Die Ableistung eines freiwilligen zehnten Schuljahres in der Hauptschule gehört in die Reihe der rheinland-pfälzischen Schulversuche. Dieser Versuch entspricht der Zielsetzung einer gegenüber der früheren Volksschuloberstufe neu konzipierten Schule, die es dem leistungsfähigen Schüler ermöglicht, nach Abschluß der Hauptschule mit der Berufsreife eine dem Realschulabschluß gleichwertige Qualifikation zu erwerben¹⁾. Die Versuchsreihe läuft gegenwärtig mit 153 Schülern (68 Jungen, 85 Mädchen) an 6 Schulen. Die Anhebung der Leistungsfähigkeit der Schulen soll mit einer stärkeren individuellen Förderung des einzelnen Kindes verbunden sein, die selbstverständlich in überfüllten Klassen nicht erfolgreich sein kann.

¹⁾ Vgl. „Versuche mit einem freiwilligen 10. Schuljahr“ in „Schulentwicklung in Schulversuchen“. A. a. O.

Jahrgangsklassen und Schüler in Jahrgangsklassen
1967, 1969 und 1970

Klassenstufe	Klassen			Schüler		
	1967	1969	1970	1967	1969	1970
	Anzahl			% aller Schüler		
1	763	1 400	1 586	55,8	71,9	80,0
2	674	1 275	1 482	52,1	67,8	77,2
3	892	856	1 323	55,8	61,1	72,6
4	914	828	1 028	57,9	61,3	72,1
Zusammen	3 243	4 359	5 419	55,6	66,4	75,8
5	671	834	747	52,5	70,2	77,2
6	507	777	837	46,2	68,7	77,7
7	505	768	907	49,2	73,1	82,4
8	547	762	868	52,8	73,3	83,0
9	923	947	958	87,0	94,9	96,2
10	-	7	6	-	100,0	100,0
Zusammen	3 153	4 095	4 323	56,4	75,1	83,0
Insgesamt	6 396	8 454	9 742	56,0	70,3	78,7

Jahr	Schulen	Klassen	Schüler				Haupt-berufliche Lehrer	Nebenamtl., -berufliche und teilbeschäftigte Lehrpersonen
			insgesamt	Mädchen	je Klasse	je Lehrer		
1960	3 185	9 117	366 958	180 991	40,2	39,3	9 332	2 980
1961	3 179	9 324	377 646	186 118	40,5	39,4	9 572	2 975
1962	3 178	9 681	386 176	190 160	39,9	39,2	9 842	2 980
1963	3 176	9 944	391 581	192 853	39,4	38,3	10 225	2 960
1964	3 158	10 040	392 005	192 650	39,0	38,6	10 153	3 125
1965	3 030	10 187	393 200	193 173	38,6	38,0	10 358	3 132
1966 K ¹⁾	2 904	10 733	391 993	192 549	36,5	34,5	11 347	3 039
1967 K ²⁾	2 841	11 197	418 535	206 039	37,4	35,3	11 849	3 227
1967	2 752	11 358	403 871	199 041	35,6	33,0	12 257	3 180
1968	2 623	11 632	408 960	201 945	35,2	32,6	12 557	2 988
1969	2 468	12 008	417 317	205 403	34,8	31,6	13 211	3 876
1970	2 019	12 321	426 712	209 726	34,6	31,0	13 732	3 371

1) Erstes Kurzschuljahr vom 1. April - 30. November 1966. - 2) Zweites Kurzschuljahr vom 1. Dezember 1966 - 31. Juli 1967.

Klassenfrequenzen

Die Senkung der Klassenfrequenz gehört neben der Gliederung nach Jahrgangsklassen zu den Schwerpunkten der Neugestaltung des Schulwesens. Die durchschnittliche Klassenstärke bei 426 712 Schülern und 12 321 Klassen betrug 34,6. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr (34,8) war also minimal, bedingt durch die gleichzeitige Zunahme der Schülerzahl um 2,3% bei einer Aufstockung der Klassenzahl um 2,6%. Vor zehn Jahren kamen freilich auf eine Klasse im Schnitt noch gut 40 Schüler.

Der Anteil derjenigen Klassen, die 50 und mehr Schüler aufweisen, hat sich weiter verringert. Sie machen nurmehr knapp 1% aus. Über die Hälfte aller Grund- und Hauptschüler werden indessen noch in Klassen mit mehr als 35 Kindern unterwiesen, aber zum überwiegenden Teil handelt es sich bei den Klassen dieser Größenordnung um Jahrgangsklassen. Nur noch etwa jeder vierte Schüler hat in einer dieser großen Klassen mit Schülern mehrerer Klassenstufen gemeinsam Unterricht. Zu Beginn des Schuljahres 1969/70 war es noch jeder Dritte. Auch bei den kleineren Klassen, deren Leistungsfähigkeit dadurch eingeschränkt wurde, daß sie sich aus mehreren Schuljahrgängen zusammensetzen, hat der Anteil von Jahrgangsklassen im Schuljahr 1970/71 gegenüber 1969 zugenommen. Von 71% auf etwa 80% stieg er bei den Klassen mit weniger als 36 und von 62% auf 73,8% bei den Klassen mit weniger als 26 Schülern. Von den insgesamt erfaßten 12 321 Klassen waren 5 Förderklassen und 34 Klassen für ausländische Schüler mit 106 (1969: 387) bzw. 1 063 (1969: 988) Schülern.

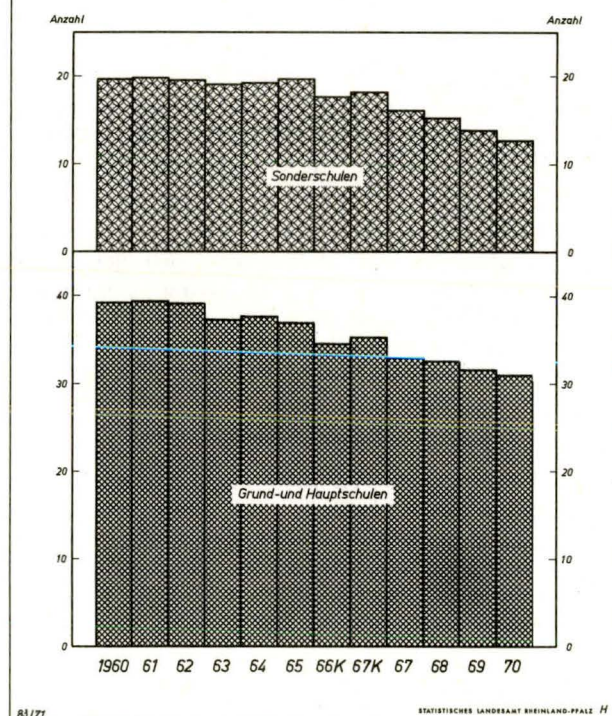
Lehrer

Alle Bemühungen von Bund und Ländern um die Neugestaltung des Schulwesens — Bildung von größeren Einheiten (Landschulreform, Verbandsschulen, Jahrgangsklassen), Schulversuche im Elementar-, Grund- und Hauptschulbereich — können nur erfolgreich sein, wenn sie mit dem Programm einer stärkeren personellen Besetzung und einer Ausweitung des erziehungswissenschaftlichen Studiums verbunden sind. Vertrags-

lehrausbildung sowie besondere Zugänge zum Abitur und zur bisherigen Pädagogischen Hochschule haben in den 60er Jahren bereits eine personelle Entspannung gebracht.

Entfielen vor zehn Jahren noch nahezu 40 Schüler auf einen Lehrer, so konnte die Relation Schüler zu Lehrer infolge der erwähnten Maßnahmen bis zum Erhebungszeitpunkt auf 31 gesenkt werden. 13 732 hauptberufliche sowie 3 371 nebenamtliche, nebenberufliche und teilbeschäftigte Lehrkräfte wurden gezählt; das sind 521 mehr bzw. 505 weniger als im Vorjahr. Während die Zahl der letztgenannten Lehrpersonen natürlich eher Schwan-

Schüler je Lehrer an Grund- und Hauptschulen und an Sonderschulen 1960-1970



Klassen und Schüler nach Klassenzusammensetzung und Klassenfrequenzgruppen 1970

Klassen mit ... Schuljahrgängen	Ins- gesamt	Klassen mit ... Schülern								
		20 und weniger	21 - 25	26 - 30	31 - 35	36 - 40	41 - 45	46 - 50	51 - 55	56 und mehr
Klassen										
1	9 742	108	699	1 779	2 891	2 606	1 292	318	40	9
2	1 491	18	111	238	365	363	266	91	31	8
3	368	8	31	47	100	90	62	24	4	2
4	509	12	70	103	109	103	62	34	12	4
5	50	2	8	11	11	14	4	-	-	-
6	68	4	9	18	15	9	11	1	1	-
7	8	-	1	1	1	2	1	2	-	-
8	75	5	8	12	18	15	8	9	-	-
9	10	-	-	6	3	1	-	-	-	-
Insgesamt	12 321	157	937	2 215	3 513	3 203	1 706	479	88	23
Schüler										
Anzahl										
1	336 007	1 979	16 504	50 344	95 974	98 640	55 004	14 972	2 059	531
2	53 277	336	2 621	6 692	12 103	13 776	11 339	4 330	1 623	457
3	13 011	140	714	1 335	3 312	3 388	2 646	1 146	212	118
4	17 485	226	1 662	2 924	3 648	3 918	2 624	1 610	635	238
5	1 595	33	188	304	363	536	171	-	-	-
6	2 190	67	208	511	493	337	475	48	51	-
7	292	-	24	27	33	73	43	92	-	-
8	2 541	97	184	334	593	575	333	425	-	-
9	314	-	-	176	99	39	-	-	-	-
Insgesamt	426 712	2 843	22 005	62 647	116 618	121 282	72 635	22 623	4 580	1 344
%										
1	100,0	0,6	4,9	15,0	28,6	29,3	16,4	4,4	0,6	0,2
2	100,0	0,6	4,9	12,6	22,7	25,9	21,3	8,1	3,0	0,9
3	100,0	1,1	5,5	10,3	25,5	26,0	20,3	8,8	1,6	0,9
4	100,0	1,3	9,5	16,7	20,9	22,4	15,0	9,2	3,6	1,4
5	100,0	2,1	11,8	19,0	22,8	33,6	10,7	-	-	-
6	100,0	3,1	9,5	23,3	22,5	15,4	21,7	2,2	2,3	-
7	100,0	-	8,2	9,3	11,3	25,0	14,7	31,5	-	-
8	100,0	3,8	7,3	13,2	23,3	22,6	13,1	16,7	-	-
9	100,0	-	-	56,1	31,5	12,4	-	-	-	-
Insgesamt	100,0	0,7	5,2	14,7	27,3	28,4	17,0	5,3	1,1	0,3

kungen zeigt (1968: 2 988; 1969: 3 876; 1970: 3 371) und insgesamt seit 1960 nur um etwas mehr als 10% zugenommen hat, ist die Zahl der hauptberuflich tätigen Lehrer in dieser Zeit um 50% angestiegen.

Der prozentuale Anteil der Frauen unter den hauptberuflichen Lehrkräften hat sich gegenüber 1969 nicht verändert. Er betrug auch zu Beginn des Schuljahres 1970/71 wieder rund 55% (1968: 53%; 1960: 43%). Bei den unter 30jährigen Lehrtätigen sind von 100 Lehrkräften 57 Frauen (1969: 66).

2. Sonderschulen

Das Landesgesetz von 1968 hat auch den Ausbau der Sonderschulen beschleunigt. Diese Schulform ist eingerichtet für alle Kinder, die in ihrer körperlichen, geistigen oder seelischen Entwicklung behindert oder ernsthaft geschädigt sind. An 90 der in Rheinland-Pfalz insgesamt bestehenden 134 Sonder-

schulen wurden zum Erhebungsstichtag in 516 Klassen 9 703 lernbehinderte Schüler unterrichtet. In weiteren 22 Sonderschulen mit 158 Klassen wurden 1 268 geistig behinderte Kinder von 200 hauptberuflichen Sonderschullehrern und heilpädagogisch ausgebildeten Kindergärtnerinnen betreut. 10 Sonderschulen für Verhaltensbehinderte, 7 Schulen für Körperbehinderte und 4 Schulen für Blinde und Hörbehinderte hatten insgesamt 1 611 Schüler aufgenommen. Schließlich wurden noch 43 sprachbehinderte Kinder in 4 Sonderschulklassen unterwiesen. Die Relation Schüler je Klasse ist seit 1967 von 17,9 über 16,9 (1968) auf nunmehr 15,5 gesunken, die Verhältniszahl Schüler je Lehrer entwickelte sich von 19,8 im Jahre 1960 auf 12,8 im Berichtsjahr. Insgesamt waren zum Zeitpunkt der Erhebung an den Sonderschulen 984 Lehrer hauptberuflich und 194 nebenamtlich, nebenberuflich oder teilbeschäftigt tätig. Von diesen waren 594 bzw. 92 Frauen.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Die Belastung der lohnsteuerpflichtigen Einkommen 1968

Im Rahmen der Lohnsteuerstatistik werden zum einen Angaben über die Höhe des lohnsteuerpflichtigen Einkommens und seine Verteilung auf die Steuerpflichtigen ermittelt¹⁾, zum anderen gibt die Statistik Aufschluß über das Ausmaß der lohnsteuerlichen Belastung der Bruttolöhne. Im folgenden werden die Steuerbelastung sowie die Auswirkungen der wichtigsten zur Steuerentlastung beitragenden steuerrechtlichen Regelungen dargestellt.

1. Steuerbelastete und nichtsteuerbelastete Lohnsteuerpflichtige

Vom Gesamtbetrag des in der Statistik nachgewiesenen Bruttolohns in Höhe von rund 11,4 Mrd. DM blieben immerhin 994 Mill. DM oder 8,7% ohne Steuerbelastung. Nahezu 788 000 oder etwas über drei Viertel aller 1968 erfaßten Steuerpflichtigen — Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn zählen als ein Steuerpflichtiger — waren steuerbelastet, für die übrigen 252 000 ergab sich, unter Berücksichtigung eines eventuellen Lohnsteuerjahresausgleichs, keine steuerliche Belastung, weil das zu versteuernde Lohneinkommen, gegebenenfalls infolge zusätzlicher steuerfreier Abzugsbeträge in Form von erhöhten Werbungskosten, Sonderausgaben und sonstigen Freibeträgen, noch innerhalb der Besteuerungsgrenzen lag. Diese Grenzen beliefen sich — unter Außerachtlassung eventueller Kinderfreibeträge — gemäß Lohnsteuertabelle 1968 auf 3 450 DM in Steuerklasse I, auf 4 290 DM in Steuerklasse II, auf 5 160 DM in Steuerklasse III, auf 3 480 DM in Steuerklasse IV und auf einen Betrag von 1 800 DM in Steuerklasse V.

Während im Jahre 1961 nur zwei Drittel (66,4%) und vier Jahre später 73,1% aller Lohnsteuerpflichtigen steuerbelastet waren, hatten 1968 drei Viertel (75,7%) Lohnsteuer abzuführen. Abgesehen von den zwischenzeitlich erfolgten Lohn- und Gehaltssteige-

rungen, durch die weitere Arbeitnehmer in die Steuerbelastung hineinwuchsen, wurde die Entwicklung auch von der Neuabgrenzung des Begriffs Steuerpflichtiger beeinflusst. Durch die neue Definition, wonach doppelverdienende Ehepaare als ein Steuerpflichtiger zählen, wurden viele früher nichtsteuerbelastete Ehefrauen der Steuerklasse V mit nur geringen Jahresverdiensten nunmehr zusammen mit ihren Ehegatten bei den Steuerbelasteten nachgewiesen.

Naturngemäß konzentrieren sich die Steuerbefreiten auf die unteren Bruttolohngruppen. Bei ihnen handelt es sich in der Hauptsache um nicht ganzjährig oder halbtags bzw. tageweise Beschäftigte und um Lehrlinge, die nur relativ niedrige Lohneinkünfte im Kalenderjahr bezogen. Über zwei Drittel der Nichtsteuerbelasteten verdienten im Jahre 1968 weniger als 4 800 DM. Der durchschnittliche Jahresbruttolohn betrug in der untersten Lohngruppe, in die allein 47% aller steuerbefreiten Arbeitnehmer fielen, lediglich 1 176 DM und in der Gruppe 2 400 bis 4 800 DM auch nicht mehr als 3 399 DM. Während bei den Nichtsteuerbelasteten insgesamt die durchschnittlichen Lohneinkünfte nur 3 940 DM betrugen, kamen die steuerbelasteten Beschäftigten im Schnitt auf immerhin 13 266 DM. In den Bruttolohngruppen ab 16 000 DM liegt der Anteil der Steuerbefreiten an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen unter 1% und spielt somit praktisch keine Rolle.

Die Masse der Steuerbelasteten fällt in die mittleren Lohngruppen. Knapp 580 000 oder drei Viertel verdienten zwischen 7 200 und 20 000 DM, darunter nicht weniger als 207 000 oder 26% aller Steuerbelasteten zwischen 12 000 und 16 000 DM. Während die steuerliche Belastung der Steuerpflichtigen insgesamt von 0,3% in der niedrigsten Lohngruppe bis zu 34,1% bei einem Lohneinkommen von mehr als 100 000 DM reicht, ergibt sich für die Steuerbelasteten eine Steuerquote zwischen

¹⁾ Vgl. K.-J. Hesse: Das lohnsteuerpflichtige Einkommen und seine Verteilung 1968. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 24, Heft 2, Februar 1971.

Steuerbelastete und nichtsteuerbelastete Lohnsteuerpflichtige nach Bruttolohngruppen 1968

Bruttolohngruppe	Steuerpflichtige insgesamt		Steuerbelastete					Nichtsteuerbelastete		
	Anzahl	Brutto-lohn	Anzahl	% aller Steuer-pflich-tigen	Brutto-lohn	Lohnsteuer		Anzahl	% aller Steuer-pflich-tigen	Brutto-lohn
		Mill. DM			Mill. DM		% des Brutto-lohnes			Mill. DM
unter 2 400 DM	124 636	147	5 354	4,3	7	0	5,3	119 282	95,7	140
2 400 - 4 800 "	83 180	303	30 354	36,5	123	4	3,5	52 826	63,5	180
4 800 - 7 200 "	103 339	623	69 482	67,2	423	28	6,6	33 857	32,8	200
7 200 - 9 600 "	142 567	1 205	121 363	85,1	1 031	73	7,1	21 204	14,9	174
9 600 - 12 000 "	170 926	1 846	155 232	90,8	1 678	119	7,1	15 694	9,2	168
12 000 - 16 000 "	215 598	2 981	207 376	96,2	2 870	219	7,6	8 222	3,8	111
16 000 - 20 000 "	104 547	1 866	103 616	99,1	1 849	170	9,2	931	0,9	16
20 000 - 25 000 "	60 511	1 331	60 328	99,7	1 327	147	11,0	183	0,3	4
25 000 - 36 000 "	27 282	786	27 279	100,0	786	105	13,3	3	0,0	0
36 000 - 50 000 "	5 246	216	5 241	99,9	216	34	15,9	5	0,1	0
50 000 - 75 000 "	1 537	89	1 537	100,0	89	18	19,9	-	-	-
75 000 - 100 000 "	249	21	249	100,0	21	5	25,8	-	-	-
100 000 und mehr "	176	28	176	100,0	28	10	34,1	-	-	-
Insgesamt	1 039 794	11 442	787 587	75,7	10 448	931	8,9	252 207	24,3	994

3,5% und ebenfalls 34,1% bei kontinuierlich ansteigender Steuerbelastung, sieht man von der Einkommensgruppe 2 400 bis 4 800 DM ab.

Bemerkenswert ist, daß immerhin fast 5 400 Steuerpflichtige, das sind 6,8% der Steuerbelasteten, im Jahre 1968 zwar höchstens 2 400 DM verdienten und somit in aller Regel gemäß Jahreslohnsteuertabelle unterhalb der Besteuerungsgrenze blieben, aber trotzdem Lohnsteuer bezahlt haben. Hier handelt es sich in der Hauptsache um nicht ganzjährig Beschäftigte, die es entweder aus Unkenntnis, Bequemlichkeit oder wegen Geringfügigkeit der zu erwartenden Erstattungssumme unterließen, sich im Wege des Lohnsteuer-Jahresausgleichs die Steuer erstatten zu lassen.

Die durchschnittliche lohnsteuerliche Belastung, die sich 1968 bei den Steuerpflichtigen insgesamt auf 8,1% belief, stieg bei den Steuerbelasteten von 7,7% im Jahre 1961 über 8,2% im Jahre 1965 auf 8,9% an.

2. Steuerentlastung durch Kinderfreibeträge

Die steuerliche Belastung des Bruttolohns wird unter anderem durch Kinderfreibeträge gemindert. Diese stehen Arbeitnehmern für Kinder zu, die das 18. Lebensjahr bzw. — unter bestimmten Voraussetzungen, zum Beispiel bei in Ausbildung befindlichen Kindern — das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Für dauernd erwerbsunfähige Kinder wird bei Erfüllung bestimmter Bedingungen unabhängig von ihrem Alter ein Kinderfreibetrag gewährt.

Freibeträge für Kinder kommen nur bei Lohnsteuerpflichtigen der Steuerklassen II, III und IV in Betracht. Auf diese Steuerklassen entfielen im Jahre 1968 insgesamt 728 000 Steuerpflichtige, von denen knapp 425 000 oder gut zwei Fünftel aller in

der Statistik ausgewiesenen Steuerpflichtigen Kinderfreibeträge für ein oder mehrere Kinder erhielten. Der überwiegende Teil von ihnen, nämlich 43%, machte Freibeträge für nur ein Kind geltend, 34% für zwei Kinder, 15% für drei Kinder und nur 8% hatten vier oder mehr Kinder, für die Freibeträge beansprucht werden konnten.

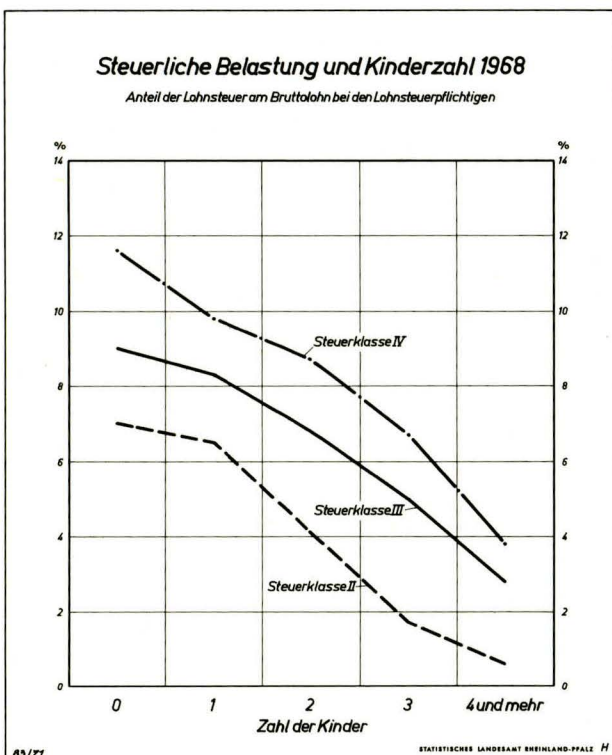
Die weitaus meisten, und zwar fast drei Viertel (72,4%) aller Steuerpflichtigen mit Kinderfreibeträgen, waren Arbeitnehmer der Steuerklasse III (ohne V). Hier ist nur einer der Ehegatten, im Normalfall der Ehemann, erwerbstätig. Weitere 12,1% wurden nach Steuerklasse III/V besteuert, das heißt die Ehefrau war in geringem Maße berufstätig. Lediglich knapp ein Zehntel (9,7%) der Eltern war beiderseits voll beschäftigt und entfiel somit auf die Steuerklasse IV. Die restlichen 5,8% waren alleinstehende Steuerpflichtige der Steuerklasse II.

Die Gesamtzahl der Kinder, die infolge zustehender Freibeträge zur Steuerentlastung beitrugen, stieg von gut 812 000 im Jahre 1965 auf annähernd 820 000 an. Bei knapp 425 000 Steuerpflichtigen mit Anspruch auf einen Kinderfreibetrag bedeutet das einen Durchschnitt von 1,9 freibetragsberechtigten Kindern pro Familie.

Die durchschnittliche lohnsteuerliche Belastung beträgt bei Steuerpflichtigen ohne Kinderfreibetrag immerhin 9,4% gegenüber nur 7% bei Arbeitnehmern mit derartigen Freibeträgen und 8,1% bei den Steuerpflichtigen insgesamt. Sie ist bei den doppelverdienenden Beschäftigten der Steuerklasse IV ohne Kinder mit 11,6% am höchsten und in der Steuerklasse II bei Steuerpflichtigen mit vier oder mehr Kindern mit 0,6% am niedrigsten. Innerhalb der einzelnen Steuerklassen nimmt die Steuerlastquote mit zunehmender Kinderzahl erwartungsgemäß ab. Der steuerentlastende Effekt der Kinder, für die Freibeträge zustehen, kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Arbeitnehmer mit Kinderfreibeträgen zwar 53,3% des Bruttolohns auf sich vereinigten, jedoch nur 46% der gesamten Lohnsteuer zu tragen hatten.

Mit Ausnahme der Steuerklasse IV (voll berufstätige Doppelverdiener) waren in allen Steuerklassen die durchschnittlichen Bruttolöhne der Steuerpflichtigen mit Freibeträgen für Kinder jeweils höher als diejenigen der Beschäftigten ohne solche Freibeträge. Demgemäß liegen auch die Bruttoeinkünfte je Steuerpflichtigen mit Kinderfreibeträgen (14 380 DM) um nicht weniger als 5 700 DM über denen der übrigen Steuerpflichtigen. Daraus könnte gefolgert werden, daß Kinder vielfach erst oder nur dann eingeplant werden, wenn höhere Einkommen erzielt werden. Andererseits erscheinen auch diejenigen Arbeitnehmer, die zwar — nicht zuletzt altersbedingt — zu den höher Verdienenden zählen, deren Kinder jedoch wegen Überschreitens der Altersgrenze nicht mehr freibetragsberechtigt sind, in der Gruppe der Steuerpflichtigen ohne Kinderfreibetrag.

Eine eindeutige Korrelation zwischen Höhe des Bruttolohns und Vorhandensein bzw. Anzahl der Kinder, für die Freibeträge gewährt werden, ist jedenfalls aus der vorliegenden Statistik nicht abzulesen.



Bruttolohn, Lohnsteuer und Zahl der Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden, der Lohnsteuerpflichtigen nach Steuerklassen 1968

Steuerklasse Zahl der Kinder	Steuerpflichtige		Steuerfälle		Bruttolohn			Lohnsteuer			Kinder, für die Kinderfreibeträge gewährt wurden
	Anzahl	%	Anzahl	%	Mill. DM	%	DM je Steuerpflichtigen	Mill. DM	%	% des Bruttolohns	Anzahl
I	311 548	30,0	311 548	26,4	2 096	18,3	6 726	203	21,8	9,7	-
II zusammen	112 696	10,8	112 696	9,5	817	7,1	7 250	52	5,6	6,4	43 576
II/0	88 274	8,5	88 274	7,5	595	5,2	6 739	41	4,4	7,0	-
II/1	13 803	1,3	13 803	1,2	126	1,1	9 107	8	0,9	6,5	13 803
II/2	5 712	0,5	5 712	0,5	52	0,5	9 147	2	0,2	4,1	11 424
II/3	2 698	0,3	2 698	0,2	24	0,2	8 915	0	0,0	1,7	8 094
II/4 und mehr	2 209	0,2	2 209	0,2	20	0,2	9 132	0	0,0	0,6	10 255
III (ohne V) zusammen	456 610	43,9	456 610	38,6	5 876	51,4	12 869	430	46,2	7,3	619 851
III/0	149 305	14,4	149 305	12,6	1 587	13,9	10 632	142	15,2	8,9	-
III/1	116 411	11,2	116 411	9,8	1 568	13,7	13 468	131	14,1	8,3	116 411
III/2	113 101	10,9	113 101	9,6	1 608	14,1	14 216	111	11,9	6,9	226 202
III/3	50 414	4,8	50 414	4,3	723	6,3	14 338	36	3,8	5,0	151 242
III/4 und mehr	27 379	2,6	27 379	2,3	390	3,4	14 248	11	1,2	2,9	125 996
III/V zusammen	74 683	7,2	141 978	12,0	1 099	9,6	14 710	84	9,0	7,7	92 208
III/V/0	23 207	2,2	39 026	3,3	265	2,3	11 395	25	2,7	9,6	-
III/V/1	24 884	2,4	49 768	4,2	403	3,5	16 206	34	3,7	8,4	24 884
III/V/2	17 250	1,7	34 500	2,9	281	2,5	16 311	19	2,0	6,7	34 500
III/V/3	6 319	0,6	12 638	1,1	102	0,9	16 177	5	0,5	4,8	18 957
III/V/4 und mehr	3 023	0,3	6 046	0,5	47	0,4	15 644	1	0,1	2,5	13 867
IV zusammen	84 257	8,1	159 350	13,5	1 554	13,6	18 449	162	17,4	10,4	63 661
IV/0	42 946	4,1	79 634	6,7	795	7,0	18 513	92	9,9	11,6	-
IV/1	27 014	2,6	52 019	4,4	490	4,3	18 151	48	5,2	9,8	27 014
IV/2	9 465	0,9	18 672	1,6	186	1,6	19 671	16	1,7	8,7	18 930
IV/3	3 192	0,3	5 950	0,5	56	0,5	17 555	4	0,4	6,7	9 576
IV/4 und mehr	1 640	0,2	3 075	0,3	27	0,2	16 371	1	0,1	3,8	8 141
Insgesamt	1 039 794	100,0	1 182 182	100,0	11 442	100,0	11 004	931	100,0	8,1	819 296
davon											
ohne Kinderfreibeträge	615 280	59,2	667 787	56,5	5 338	46,7	8 675	503	54,0	9,4	-
mit Kinderfreibeträgen	424 514	40,8	514 395	43,5	6 104	53,3	14 380	428	46,0	7,0	819 296
für 1 Kind	182 112	17,5	232 001	19,6	2 587	22,6	14 206	221	23,8	8,5	182 112
für 2 Kinder	145 528	14,0	171 985	14,5	2 127	18,6	14 621	148	15,9	6,9	291 056
für 3 Kinder	62 623	6,0	71 700	6,1	905	7,9	14 454	45	4,8	5,0	187 869
für 4 und mehr Kinder	34 251	3,3	38 709	3,3	484	4,2	14 143	13	1,4	2,8	158 259

3. Steuerfreie Abzugsbeträge und Lohnsteuerjahresausgleich

Die Höhe der lohnsteuerlichen Belastung ist in erheblichem Maße davon abhängig, ob zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge geltend gemacht werden können und inwieweit im Wege des Lohnsteuerjahresausgleichs überzahlte Lohnsteuer durch die Arbeitnehmer zurückgefordert wird. Im Jahre 1968 nutzten insgesamt 71,7% der 1,04 Mill. in der Statistik erfaßten Lohnsteuerpflichtigen diese Möglichkeiten.

Zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge kommen in Betracht, wenn die Sonderausgaben oder Werbungskosten die in die Lohnsteuertabelle bereits eingearbeiteten Pauschbeträge übersteigen, oder wenn sonstige Freibeträge (z. B. Altersfreibetrag, Freibeträge für Körperbehinderte, bei außergewöhnlichen Belastungen) in Ansatz gebracht werden können. Die zusätzlichen Steuerfreibeträge kann der Arbeitnehmer entweder vorweg im Rahmen des Lohnsteuer-Ermäßigungsverfahrens beantragen und dann bereits beim laufenden Lohnsteuerabzug berücksichtigen lassen; andernfalls können sie beim Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich rückwirkend geltend gemacht werden.

An zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträgen wurde 1968 gut 1 Mrd. DM in Anspruch genommen, darunter 262 Mill. DM oder etwa ein Viertel ausschließlich durch solche Steuerpflichtige, die zwar im voraus mittels Ermäßigungsverfahren erhöhte Freibeträge, jedoch am Jahresende keinen Lohnsteuerjahresausgleich beantragt hatten. Die Gesamtsumme der geltend gemachten Abzugsbeträge belief sich auf 8,8% des Bruttolohns aller Steuerpflichtigen. Pro Steuerpflichtigen errechnet sich ein Betrag von durchschnittlich 963 DM an zusätzlichen Freibeträgen. Der überwiegende Teil der Abzugsbeträge insgesamt, nämlich drei Viertel, entfällt auf die mittleren Bruttolohngruppen zwischen 9 600 und 25 000 DM, die unteren und oberen Gruppen sind dagegen relativ schwach besetzt.

Die Zahl der Steuerpflichtigen mit steuerfreien Abzugsbeträgen, aber ohne Jahresausgleich, belief sich auf 146 000, das sind 14% aller Steuerpflichtigen. Ihr Anteil an den gesamten erhöhten Steuerfreibeträgen ist in den unteren Lohngruppen relativ hoch, er sinkt in den mittleren Gruppen zwischen 7 200 und 20 000 DM auf maximal 17% und beträgt bei Lohnneinkommen über 50 000 DM 100%. In der Gruppe der Arbeitnehmer, die zwar erhöhte Freibeträge auf ihrer Steuerkarte vermerken, jedoch später keinen Jahresausgleich durchführen lie-

Zusätzliche steuerfreie Abzugsbeträge der Lohnsteuerpflichtigen
nach Bruttolohngruppen 1968

Bruttolohngruppe	Insgesamt		Von Steuerpflichtigen ohne Lohnsteuer- Jahresausgleich	
	1 000 DM	%	1 000 DM	% von ins- gesamt
unter 2 400 DM	21 250	2,1	19 092	89,8
2 400 - 4 800 "	15 040	1,5	10 331	68,7
4 800 - 7 200 "	38 783	3,9	20 560	53,0
7 200 - 9 600 "	90 637	9,1	15 724	17,3
9 600 - 12 000 "	171 273	17,1	18 933	11,1
12 000 - 16 000 "	292 011	29,2	47 138	16,1
16 000 - 20 000 "	172 507	17,2	29 925	17,3
20 000 - 25 000 "	118 319	11,8	38 151	32,2
25 000 - 36 000 "	53 173	5,3	34 465	64,8
36 000 - 50 000 "	17 455	1,7	16 756	96,0
50 000 - 75 000 "	8 171	0,8	8 171	100,0
75 000 - 100 000 "	1 526	0,2	1 526	100,0
100 000 und mehr "	1 480	0,1	1 480	100,0
Insgesamt	1 001 624	100,0	262 251	26,2

Ben, sind auch diejenigen Steuerpflichtigen enthalten, die infolge höherer Einkommen oder aus sonstigen Gründen zur Einkommensteuer veranlagt werden. Sie machen eventuelle nachträgliche Erstattungen im Rahmen der Einkommensteuer-Erklärung geltend.

Ein *Lohnsteuerjahresausgleich* wird beantragt, um überzahlte Lohnsteuer auszugleichen. Eine Überzahlung kann sich ergeben, wenn bei nicht ganzjähriger Beschäftigung im Lohnsteuerabzugsverfahren mehr Steuer einbehalten wurde als sich gemäß Jahrestabelle errechnet, wenn sich der Familienstand während des Kalenderjahres änderte oder im Falle vorweg nicht berücksichtigter erhöhter steuerfreier Abzugsbeträge. Der Jahresausgleich wird vom Arbeitgeber oder vom Finanzamt durchgeführt. In der Lohnsteuerstatistik 1968 werden nur die Fälle des durch die Finanzverwaltung vorgenommenen Ausgleichs gesondert ausgewiesen. Danach haben 600 000 Steuerpflichtige, das sind annähernd drei Fünftel aller Steuerpflichtigen, einen Jahresausgleich durch das Finanzamt vornehmen lassen. Sie machten knapp 740 Mill. DM an zusätzlichen Abzugsbeträgen geltend, das waren durchschnittlich 1 232 DM pro Steuerpflichtigen und fast 11% ihres Bruttolohns. Insgesamt wurden von der Finanzverwaltung nahezu 171 Mill. DM an Aus-

gleichsbeträgen rückerstattet gegenüber 141 Mill. DM für 1965 und 66 Mill. DM für 1961.

In den einzelnen Bruttolohngruppen war der Prozentsatz derjenigen, die einen Lohnsteuerjahresausgleich beantragten, sehr unterschiedlich. Am höchsten lag er in den mittleren Lohngruppen. In der Lohngruppe 9 600 bis 12 000 DM betrug der Anteil der Steuerpflichtigen mit Jahresausgleich 75,7% und war damit der höchste Anteilssatz. Von allen durchgeführten Jahresausgleichen entfielen drei Viertel auf Arbeitnehmer mit Bruttolöhnen zwischen 7 200 und 20 000 DM. In den unteren Lohngruppen ließen, ebenso wie bei den höher Verdienenden, jeweils relativ weniger Steuerpflichtige einen Ausgleich vornehmen. Ein Grund dafür ist der, daß Personen mit niedrigem Lohneinkommen häufig mit ihren effektiven Sonderausgaben und Werbungskosten nicht die Grenzen der entsprechenden Pauschbeträge erreichen. In den oberen Lohngruppen tritt dagegen die Einkommensteuer-Erklärung an die Stelle des Lohnsteuerjahresausgleichs.

Eine Aufgliederung des Gesamtkomplexes der zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträge zeigt, daß die Sonderausgaben mit einem Anteil von 58% eindeutig dominieren, gefolgt von den Werbungskosten (23,1%) und den sonstigen Freibeträgen (19%). In den einzelnen Bruttolohngruppen ergibt sich erwartungsgemäß eine unterschiedliche Verteilung. So entfallen in der untersten Lohngruppe über 95% der Abzugsbeträge auf die sonstigen Freibeträge, während erhöhte Sonderausgaben und Werbungskosten hier kaum eine Rolle spielen. Der Anteilssatz der Werbungskosten an den gesamten Steuerfreibeträgen bewegt sich — abgesehen von der niedrigsten und der höchsten Lohngruppe — in allen übrigen Gruppen relativ einheitlich zwischen 20 und 30%. Er war also von der Höhe des jeweiligen Lohneinkommens weitgehend unabhängig. Der Anteil der erhöhten Sonderausgaben steigt dagegen mit zunehmendem Bruttolohn bis etwa 60% in der Lohngruppe unter 36 000 DM. Umgekehrt sinkt der Prozentsatz der sonstigen Freibeträge mit steigenden Gehältern und Löhnen kontinuierlich von 95,4% in der untersten Lohngruppe bis auf 0,7% bei Einkommen von 36 000 DM und mehr.

Lohnsteuerpflichtige mit vom Finanzamt durchgeführtem Lohnsteuer-Jahresausgleich und ggf. steuerfreien Abzugsbeträgen
nach Bruttolohngruppen 1968

Bruttolohngruppe	Steuerpflichtige			Lohn- steuer	Steuerfreie Abzugsbeträge				Ausgleichsbeträge ¹⁾			
	Anzahl	%	% aller Steuer- pflich- tigen		1 000 DM	ins- gesamt	erhöhte		sonstige Frei- beträge	1 000 DM	DM je Steuer- pflich- tigen	% der ur- sprünglich einbe- haltenen Lohnsteuer
							Wer- bungs- kosten	Sonder- aus- gaben				
unter 2 400 DM	25 471	4, 2	20, 4	1	2 158	2, 5	2, 1	95, 4	2 694	106	99, 9	
2 400 - 4 800 "	32 216	5, 4	38, 7	1 554	4 709	30, 3	6, 3	63, 4	6 518	202	80, 7	
4 800 - 7 200 "	53 245	8, 9	51, 5	16 718	18 223	29, 1	27, 7	43, 2	9 522	179	36, 3	
7 200 - 9 600 "	101 193	16, 9	71, 0	55 020	74 913	21, 0	53, 7	25, 3	21 017	208	27, 6	
9 600 - 12 000 "	129 391	21, 6	75, 7	88 824	152 340	22, 0	58, 4	19, 6	35 492	274	28, 5	
12 000 - 16 000 "	152 933	25, 5	70, 9	146 371	244 873	24, 0	58, 8	17, 2	51 293	335	25, 9	
16 000 - 20 000 "	71 760	11, 9	68, 6	109 313	142 582	22, 7	62, 1	15, 2	27 799	387	20, 3	
20 000 - 25 000 "	29 607	4, 9	48, 9	64 060	80 168	22, 6	62, 0	15, 4	13 615	460	17, 5	
25 000 - 36 000 "	4 142	0, 7	15, 2	12 092	18 708	25, 2	60, 2	14, 6	2 804	677	18, 8	
36 000 und mehr "	39	0, 0	0, 5	109	699	81, 6	17, 7	0, 7	101	2 590	48, 1	
Insgesamt	599 997	100, 0	57, 7	494 062	739 373	23, 1	57, 9	19, 0	170 856	285	25, 7	

1) Bei Steuerpflichtigen mit maschinell LStJA ohne LStJA vom Arbeitgeber, der jedoch in der Nettolohnsteuer (Spalte 4) berücksichtigt ist.

Bruttolohngruppe	Steuerpflichtige ¹⁾	Steuerfälle ²⁾	Bruttolohn	Steuerfreie Leistungen				
				Fälle ³⁾		Betrag		
	Anzahl		1 000 DM	Anzahl	% aller Steuerfälle	1 000 DM	DM je Fall	% des Brutto- lohns
unter 2 400 DM	124 636	125 011	147 364	617	0,5	100	162	0,1
2 400 - 4 800 "	83 180	84 166	303 035	1 924	2,3	517	269	0,2
4 800 - 7 200 "	103 339	105 257	622 906	7 613	7,2	2 136	281	0,3
7 200 - 9 600 "	142 567	146 819	1 205 000	17 172	11,7	4 691	273	0,4
9 600 - 12 000 "	170 926	182 008	1 845 638	26 620	14,6	7 717	290	0,4
12 000 - 16 000 "	215 598	254 143	2 981 285	41 796	16,4	12 877	308	0,4
16 000 - 20 000 "	104 547	148 284	1 865 594	29 151	19,7	9 220	316	0,5
20 000 - 25 000 "	60 511	88 371	1 330 948	23 427	26,5	7 563	323	0,6
25 000 - 36 000 "	27 282	38 845	785 607	15 657	40,3	5 098	326	0,6
36 000 - 50 000 "	5 246	7 060	215 709	3 654	51,8	1 219	334	0,6
50 000 - 75 000 "	1 537	1 764	89 415	951	53,9	317	333	0,4
75 000 - 100 000 "	249	263	20 909	119	45,2	40	336	0,2
100 000 und mehr "	176	191	28 363	66	34,6	23	348	0,1
Insgesamt	1 039 794	1 182 182	11 441 770	168 767	14,3	51 519	305	0,5

1) Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn werden als ein Steuerpflichtiger gezählt. - 2) Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn werden als zwei Fälle nach dem zusammengerechneten Bruttolohn gezählt. - 3) Fallzählung erfolgt nach tatsächlicher Inanspruchnahme. Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn werden somit nur dann als zwei Fälle erfaßt, wenn beide Ehegatten steuerfreie Leistungen erbrachten.

Je Lohnsteuerpflichtigen mit Jahresausgleich wurden durchschnittlich 285 DM an Lohnsteuer zurückerstattet. Die Erstattungen machten gut ein Viertel (25,7%) der zunächst von diesem Personenkreis einbehaltenen Lohnsteuer aus. Der pro Steuerpflichtigen erstattete Ausgleichsbetrag war, mit Ausnahme der Lohngruppe 2 400 bis 4 800 DM, umso größer, je höher der jeweilige Bruttolohn war. Das erklärt sich zu einem daraus, daß mit steigendem Verdienst auch der durchschnittliche steuerfreie Abzugsbetrag je Steuerpflichtigen zunimmt. Zum anderen beeinflußt die Steuerprogression die Höhe der auf einen steuerfreien Abzugsbetrag entfallenden Erstattungssumme. Der je Steuerpflichtigen rückerstattete Betrag war allerdings prozentual umso geringer, je höher das Lohneinkommen war. Die steuerliche Belastung der Arbeitnehmer mit Lohnsteuerjahresausgleich betrug 7,2% gegenüber 8,1% der Steuerpflichtigen insgesamt.

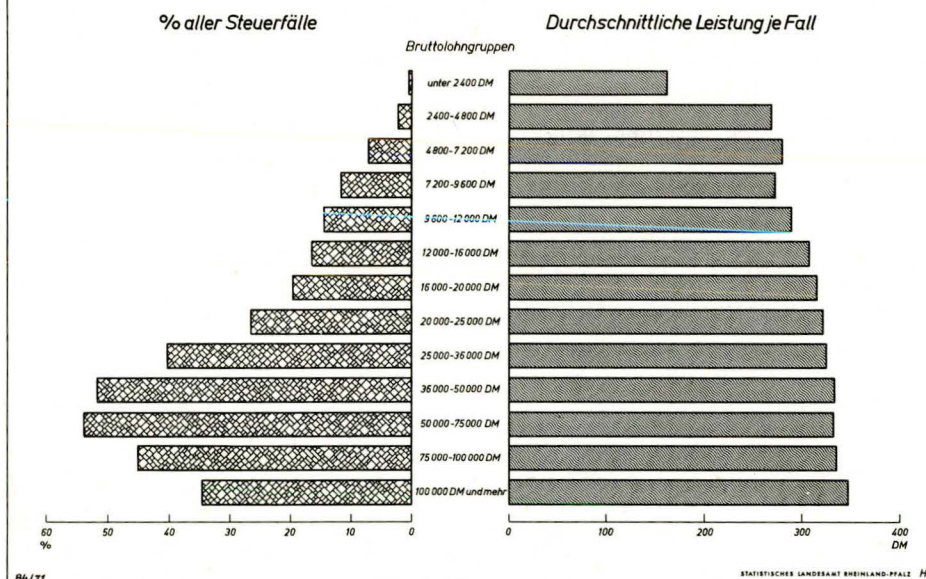
4. Vermögenswirksame Leistungen

Die lohnsteuerliche Belastung der Lohnsteuerpflichtigen hängt nicht zuletzt davon ab, ob und in welchem Umfang Beträge vermögenswirksam angelegt wurden. Gemäß dem Zweiten Vermögensbildungsgesetz vom 1. Juli 1965 (BGBl. I S. 585) konnten vermögenswirksame Leistungen sowohl vom Arbeitgeber zugunsten des Arbeitnehmers als auch in Form der Anlage von Teilen des Arbeitslohns durch den Steuerpflichtigen erbracht wer-

den. Für diese Leistungen hatte der begünstigte Lohnsteuerpflichtige weder Lohnsteuer noch Abgaben zur gesetzlichen Sozialversicherung abzuführen, soweit sie im Kalenderjahr 312 DM — bei Beschäftigten mit drei oder mehr Freibetragsberechtigten Kindern 468 DM — nicht überstiegen. Durch das Dritte Vermögensbildungsgesetz vom 27. Juni 1970 wurde der Höchstbetrag ab 1970 auf 624 DM heraufgesetzt.

Im Jahre 1968 erhielten bzw. erbrachten 169 000 Arbeitnehmer steuerfreie Leistungen nach dem Zweiten Vermögensbildungsgesetz. Das war lediglich jeder siebte der insgesamt gut 1,18 Mill. in der Lohnsteuerstatistik erfaßten Lohn- und Gehaltsempfänger. Die gesamten vermögenswirksamen Leistungen beliefen sich auf knapp 52 Mill. DM, was nicht mehr als 0,46% des von allen Steuerpflichtigen erzielten Bruttolohns entspricht. Die

Vermögenswirksame Leistungen der Lohnsteuerpflichtigen nach Bruttolohngruppen 1968



Tatsache, daß 1968 nur 14,3% aller lohnsteuerpflichtigen Personen an der staatlich geförderten Vermögensbildung beteiligt waren, dürfte verschiedene Gründe haben. Zum einen war seinerzeit die Zahl der Arbeitgeber, die ihren Mitarbeitern auf Grund von Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen vermögenswirksame Leistungen gewährten, fraglos noch relativ gering. Auf der anderen Seite haben jedoch sehr viele Arbeitnehmer ihrerseits keinen Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, Teile ihres Arbeitslohns vermögenswirksam anzulegen, sei es aus Mangel an Initiative, aus Unkenntnis über diese Sparform oder auch deshalb, weil sie die entsprechenden Mittel nicht erübrigen konnten. Die letztgenannten Gründe dürften vor allem in den unteren Bruttolohngruppen von Bedeutung gewesen sein. Hier ist der Anteil der Steuerpflichtigen mit vermögenswirksamen Leistungen unterdurchschnittlich gering. Er steigt mit zunehmendem Lohneinkommen stetig bis 53,9% in der Lohngruppe 50 000 bis 75 000 DM an und ist erst oberhalb dieser Grenze wieder rückläufig.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, daß der Höchstbetrag für die Anlage vermögenswirksamer Leistungen in Höhe von 312 DM bzw. 468 DM vom größten Teil der Arbeitnehmer mit vergleichsweise geringem Einkommen nicht voll ausgenutzt wurde. So lagen die durchschnittlichen Beträge an vermögenswirksamen Leistungen je Steuerfall in den Lohngruppen bis 16 000 DM unter-

halb der Grenze von 312 DM. In der untersten Lohngruppe wurden im Schnitt nur 162 DM angelegt gegenüber 348 DM bei Gehältern über 100 000 DM.

Abgesehen davon, daß höher Verdienende häufig besser über die Möglichkeiten der Steuerersparnis informiert sind und vor allem die Sparfähigkeit mit steigendem Einkommen zunimmt, ist auch der Anreiz zum vermögenswirksamen Sparen bei diesem Personenkreis größer als bei Arbeitnehmern mit niedrigen Löhnen und Gehältern. Infolge der Progression des Lohnsteuertarifs war die im Rahmen des Zweiten Vermögensbildungsgesetzes mögliche Steuerersparnis um so größer, je höher das zu versteuernde Einkommen und damit der Steuersatz lagen. Die Novellierung brachte hier ab 1971 insofern eine gerechtere Neuregelung, als nur noch Arbeitnehmer mit einem zu versteuernden Einkommen von maximal 24 000 bzw. 48 000 DM (Verheiratete) vermögenswirksame Leistungen in Anspruch nehmen können und vor allem nunmehr alle Berechtigten eine von der Verdiensthöhe unabhängige Arbeitnehmer-Sparzulage erhalten. Diese neue Lösung wird mit Sicherheit das vermögenswirksame Sparen in Zukunft auch für Personen mit niedrigem Einkommen bei denen die Steuerbelastung geringer ist als der 30%ige oder sogar 40%ige Satz der Arbeitnehmersparzulage, und auch für Nichtsteuerbelastete attraktiver machen.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Aufwands- und Ertragsstruktur der Bauwirtschaft 1967

Im folgenden Beitrag werden die Ergebnisse der Materialaufwendungen und Erträge aus dem Zensus im produzierenden Gewerbe 1968 für das Baugewerbe, und zwar für das Bauhauptgewerbe (Unterabteilung 30 der Systematik der Wirtschaftszweige) und das Ausbaugewerbe (Unterabteilung 31 ohne 318 Bauhilfsgewerbe) dargestellt. Ausgegangen wird von rund 10 000 rheinland-pfälzischen Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Baugewerbe lag und die das ganze Geschäftsjahr 1967 bestanden haben. Arbeitsgemeinschaften fehlen bei der Zahl der Unternehmen, ihre Daten wurden aber in Form von Arbeitsgemeinschaftsanteilen bei den Stammfirmen berücksichtigt. Ende September 1967 waren in den erfaßten Bauunternehmen rund 123 000 Beschäftigte tätig.

1. Materialeinsatz

Der Materialaufwand des Baugewerbes umfaßt neben dem Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Produktion (Neuerstellung und Reparatur) und den Bau eigener Anlagen (selbsterstellte Anlagen) auch den Bezug von Handelswaren, die ohne Be- und Verarbeitung weiterverkauft werden, sowie die Aufwendungen für vergebene Lohnarbeiten, wobei die Ausführung von Bauarbeiten im Auftragsverfahren an andere Firmen übertragen wird. Das zu verarbeitende Material stellt hierbei die auftraggebende Firma unberechnet zur Verfügung. Der Materialeinsatz 1967 wurde errechnet aus dem Materialeingang zu- bzw. abzüglich der Veränderungen der Lagerbestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Handelswaren zu Beginn und Ende des Geschäftsjahres 1967.

Der Wert des Material- und Wareneingangs belief sich 1967 im Baugewerbe auf 1 233 Mill. DM, die Bestandszunahme an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen bzw. Handelswaren, bei Beständen in Höhe von 78 Mill. DM zu Beginn und 83 Mill. DM am Ende des Geschäftsjahres 1967, auf rund 5 Mill. DM und die Aufwendungen für vergebene Lohnarbeiten auf 57 Mill. DM. Hieraus läßt sich für 1967 wertmäßig ein Materialverbrauch von 1 285 Mill. DM ermitteln. Bei der Interpretation dieser Zahl ist zu berücksichtigen, daß für das industrielle Bauhauptgewerbe keine Lagerbestände erfaßt wurden, so daß in diesem Bereich der Wareneingang dem Wareneinsatz gleich gesetzt werden mußte. Hier ist jedoch die Lagerhaltung von vergleichsweise geringer Bedeutung, da die Baumaterialien für die Fertigung in der Regel direkt zu den Baustellen gebracht werden.

Der überwiegende Teil des Materialeinsatzes (86,7%) waren Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, 8,9% Handelsware. Im Ausbaugewerbe ist der Anteilsatz der Handelsware mit 24,6% achtmal größer als im Bauhauptgewerbe (3,0%), da in diesem Wirtschaftszweig der Einsatz an Handelsware in Verbindung mit der Übernahme von handwerklichen Ausbau- und Wartungsarbeiten zunehmend an Bedeutung gewinnt. Besonders hoch ist der Anteil der Handelsware am Materialverbrauch deshalb auch bei der

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz des Baugewerbes nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftszweigen 1967
(Alle Unternehmen, ohne Arbeitsgemeinschaften)

Wirtschaftszweig Beschäftigtengrößenklasse	Unternehmen		Beschäftigte			Umsatz ¹⁾			
	ins- gesamt	Anteil	ins- gesamt	je Unter- nehmen	Anteil	ins- gesamt	je Unter- nehmen	je Be- schäf- tigten	Anteil
	Anzahl	%	Anzahl		%	1 000 DM	DM	DM	%
Bauhauptgewerbe									
Hoch- und Tiefbau	2 350	22,4	66 374	28	54,0	2 198 801	936	33 127	57,5
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	484	4,6	20 301	42	16,5	668 494	1 381	32 929	17,5
Hoch- und Ingenieurhochbau	1 489	14,2	28 329	19	23,1	759 303	510	26 803	19,8
Tief- und Ingenieurtiefbau (ohne Straßenbau)	140	1,3	5 154	37	4,2	201 000	1 436	38 999	5,3
Straßenbau	237	2,3	12 590	53	10,2	570 004	2 405	45 274	14,9
Spezialbau	100	0,9	10 471	105	8,5	396 908	3 969	37 905	10,4
Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau	13	0,1	119	9	0,1	4 469	344	37 555	0,1
Dämmung und Abdichtung (Isolierbau)	74	0,7	9 761	132	7,9	374 653	5 063	38 383	9,8
Brunnenbau und nichtbergbauliche Tiefbohrung	7	0,1	543	78	0,4	15 803	2 258	29 103	0,4
Abbruch-, Spreng- und Enttrümme- rungsgewerbe	6	0	48	8	0,1	1 983	331	41 313	0,1
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	559	5,3	6 350	11	5,2	149 516	267	23 546	3,9
Zimmerei und Dachdeckerei	1 260	12,0	7 355	6	6,0	255 531	203	34 742	6,7
Zimmerei und Ingenieurholzbau	624	5,9	3 421	5	2,8	108 841	174	31 816	2,9
Dachdeckerei	636	6,1	3 934	6	3,2	146 690	231	37 288	3,8
1 - 9 Beschäftigte	2 371	55,5	11 483	5	12,7	297 680	126	25 924	9,9
10 - 19 "	809	18,9	11 226	14	12,4	288 906	357	25 735	9,6
20 - 49 "	750	17,5	22 605	30	25,0	694 844	926	30 739	23,2
50 - 99 "	225	5,3	15 379	68	17,0	542 975	2 413	35 306	18,1
100 - 199 "	89	2,1	12 293	138	13,6	454 054	5 102	36 936	15,1
200 - 299 "	15	0,4	3 534	236	3,9	128 226	8 548	36 284	4,3
300 - 399 "	4	0,1	1 415	354	1,6	48 170	12 043	34 042	1,6
400 - 499 "	3	0,1	1 411	470	1,4	66 176	22 059	46 900	2,2
500 und mehr "	3	0,1	11 204	3 735	12,4	479 725	159 908	42 817	16,0
Zusammen	4 269	100,0	90 550	21	100,0	3 000 756	703	33 139	100,0
Ausbaugewerbe									
Bauinstallation	2 664	25,4	16 328	6	13,3	466 202	175	28 552	12,2
Klempnerei, Gas- und Wasser- installation	1 266	12,1	6 408	5	5,2	203 336	161	31 732	5,3
Elektroinstallation	1 398	13,3	9 920	7	8,1	262 866	188	26 499	6,9
Glaser- und Malergewerbe, Tapetenkleberei	3 111	29,6	12 997	4	10,6	254 245	82	19 562	6,6
Glaser- und Malergewerbe	174	1,7	790	5	0,6	30 885	178	39 095	0,8
Maler- und Lackierergewerbe	2 937	27,9	12 207	4	10,0	223 360	76	18 298	5,8
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Ofen- und Herdsetzerei	458	4,4	2 956	6	2,4	102 560	224	34 696	2,7
Fliesen- und Plattenlegerei	440	4,2	2 859	6	2,3	99 728	227	34 882	2,6
Ofen- und Herdsetzerei	18	0,2	97	5	0,1	2 832	157	29 196	0,1
1 - 9 Beschäftigte	5 572	89,4	19 499	3	60,4	463 638	83	23 778	56,3
10 - 19 "	501	8,0	6 589	13	20,5	172 464	344	26 175	21,0
20 - 49 "	132	2,1	3 738	28	11,6	105 368	798	28 188	12,8
50 - 99 "	22	0,4	1 416	64	4,4	41 294	1 877	29 162	5,0
100 - 199 "	5	0,1	1 039	173	3,1	40 243	6 707	38 732	4,9
200 - 299 "	-								
300 - 399 "	-								
400 - 499 "	1								
500 und mehr "	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	6 233	100,0	32 281	5	100,0	823 007	132	25 495	100,0
Baugewerbe									
1 - 9 Beschäftigte	7 943	75,6	30 982	4	25,2	761 318	96	24 573	19,9
10 - 19 "	1 310	12,5	17 815	14	14,5	461 370	352	25 898	11,1
20 - 49 "	882	8,4	26 343	30	21,4	800 212	907	30 377	20,9
50 - 99 "	247	2,4	16 795	68	13,7	584 269	2 365	34 788	15,3
100 - 199 "	94	1,1	19 692	168	16,1	736 869	6 298	37 420	19,3
200 - 299 "	15								
300 - 399 "	4								
400 - 499 "	4								
500 und mehr	3	0	11 204	3 735	9,1	479 725	159 908	42 817	12,5
Insgesamt	10 502	100,0	122 831	12	100,0	3 823 763	364	31 130	100,0

1) Im Bauhauptgewerbe: Bruttoproduktionswert ohne selbsterstellte Anlagen, einschl. Handelsware.

Elektroinstallation mit 36,9%. Am Bruttoproduktionswert des Baugewerbes ist die Handelsware mit 4,2% (Ausbaugewerbe 14,3%) beteiligt, also mit einem merklich geringeren Anteilsatz als beim Wareneinsatz. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Handelsware lediglich um die branchenübliche Handelsspanne erhöht weiterverkauft wird, die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe hingegen weiter be- und verarbeitet werden und damit je nach dem Grad des Arbeits- und Kapitaleinsatzes der baulichen Tätigkeit eine stärkere Wertsteigerung erfahren. Die Aufwendungen für vergebene Lohnarbeiten machten 4,4% des Materialverbrauchs aus, im Bauhauptgewerbe mit 5,8% weit mehr als im Ausbaugewerbe (0,8%) aufgrund der in dieser Branche üblichen Subunternehmertätigkeit. Mit wachsender Unternehmensgröße nimmt der Anteil der Handelsware am Wareneinsatz ab, und zwar von 17,8 (Größenklasse unter zehn Beschäftigte) auf 4,7% (500 und mehr Beschäftigte), das heißt bei größeren Unternehmen spielt die Handelstätigkeit keine so wichtige Rolle, da in diesen Größenklassen die Unternehmen des Bauhauptgewerbes ein durchschlagendes Gewicht besitzen. Aus dem gleichen Grund steigen die Aufwendungen für vergebene Lohnarbeiten bei den Unternehmen des Baugewerbes mit steigender Unternehmensgröße, und zwar von 0,6% (unter zehn Beschäftigte) auf 7,0% (500 und mehr Beschäftigte).

2. Umsatz

Die rund 10 000 Bauunternehmen erzielten im Geschäftsjahr 1967 einen Umsatz von 3 824 Mill. DM, wovon 78,5% auf das Bauhauptgewerbe und 21,5% auf das Ausbaugewerbe entfielen. Die höchsten Anteile erzielten die Wirtschaftszweige des Hoch- und Tiefbaus, nämlich der Hoch- und Ingenieurhochbau (19,8%), der Hoch-, Tief- und Ingenieurbau ohne ausgeprägten Schwerpunkt (17,5%) und der Straßenbau (14,9%). Die Umsatzanteile der einzelnen Wirtschaftszweige sind gegenüber den entsprechenden Beschäftigtenanteilen im Bauhauptgewerbe durchschnittlich um rund 5 Prozentpunkte höher und im Ausbaugewerbe um die gleiche Differenz niedriger. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Umsatzbeträge je Beschäftigten, die eine näherungsweise Aussage über die wirtschaftliche Leistungskraft ermöglichen, in einigen Zweigen des Bauhauptgewerbes, insbesondere im Hoch- und Tiefbau, infolge des hohen Mechanisierungsgrades und auch der verschiedenen Vorleistungsstruktur erheblich größer sind als im Ausbaugewerbe. Der höchste Umsatz je Beschäftigten wurde 1967 somit im Straßenbau mit 45 274 DM erreicht (Bauhauptgewerbe 33 139 DM), gefolgt vom Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe mit 41 313 DM. Den kleinsten Betrag weisen die arbeitsintensiven Unternehmen des Maler- und Lackierergewerbes mit 18 298 DM und des Stukkateurgewerbes mit 23 546 DM aus. Der Umsatz je Beschäftigten variiert auch nach der Unternehmensgröße, und zwar steigt er von 24 573 DM in der Größenklasse mit ein bis neun Beschäftigten auf 42 817 DM der Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten, wobei hier der unterschiedliche Kapitaleinsatz ausschlaggebend ist. Dementsprechend liegen die Anteilsätze des

Umsatzes bis einschließlich der Größenklasse 20 bis 49 Beschäftigte unter denjenigen der Beschäftigten, danach darüber.

3. Brutto- und Nettoproduktionswert

Der Umsatz ist ein verständliches, im allgemeinen oft auch das einzige verfügbare Merkmal, um die Bedeutung und Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungen eines Wirtschaftsbereiches annähernd messen zu können. Von der tatsächlichen Leistungskraft können die abgerechneten Umsatzwerte allerdings stark abweichen, insbesondere im Baugewerbe, in dem die Zeiträume der Leistungserstellung und -abrechnung oft sehr weit auseinander liegen. Außerdem muß bei der Betrachtung des Umsatzes berücksichtigt werden, daß er nicht nur die eigene Leistung der Unternehmen eines Wirtschaftszweiges beinhaltet, sondern auch die Vorleistungen, die von anderen Unternehmen (Zulieferern) erbracht worden sind. Diese Vorleistungen kommen im Materialeinsatz zum Ausdruck und sind im Bauhauptgewerbe durchweg weniger, im Ausbaugewerbe mehr von Bedeutung. Zudem wird in einigen Branchen des Ausbaugewerbes das Umsatzergebnis erheblich durch den Umfang der Handelstätigkeit geprägt. Als geeignetere Maßstäbe zur Messung der Leistungen eines Wirtschaftsbereiches bieten sich deshalb die Brutto- bzw. Nettoproduktionswerte an.

Der Bruttoproduktionswert ergibt sich einmal als Summe der eigenen Bauleistung (Jahresbauleistung im Bauhauptgewerbe) und dem Wert der sonstigen Leistungen, wobei die Handelstätigkeit einbezogen ist. Zum anderen ist er gegenüber dem Umsatz folgendermaßen abgegrenzt:

$$\begin{aligned} & \text{Gesamtumsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & \pm \text{Bestandsveränderung an Halbfertig-} \\ & \quad \text{und Fertigerzeugnissen aus eigener} \\ & \quad \text{Produktion (einschließlich angefangener,} \\ & \quad \text{noch nicht abgerechneter Bauten)} \\ & \hline & = \text{Bruttoproduktionswert} \end{aligned}$$

Der Nettoproduktionswert ergibt sich dadurch, daß vom Bruttoproduktionswert der Materialverbrauch abgesetzt wird. Er dient allgemein als Leistungsmaßstab, der die Vorleistungen und die Handelstätigkeit berücksichtigt, und entspricht, vermindert um die sogenannten sonstigen Vorleistungen, dem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen¹⁾. Die Nettoquote stellt das Verhältnis zwischen Netto- und Bruttoproduktionswert dar.

Der Umsatz im Baugewerbe belief sich 1967 auf rund 3 824 Mill. DM. Unter Berücksichtigung der selbsterstellten Anlagen (17 Mill. DM) und der Bestandsminderung an noch nicht abgerechneten halbfertigen bzw. fertigen Bauten von 196 Mill. DM, bei einem Bestand von 345 Mill. DM zu Beginn und 149 Mill. DM am Ende des Geschäftsjahres 1967, ergibt sich ein Bruttoproduktionswert von rund 3 645 Mill. DM. Von diesem Bruttoproduktionswert entfielen 94,3% auf eigene Bauleistungen, 4,2% auf Handelstätigkeit und 1,5% auf sonstige Leistungen. Im Bauhauptgewerbe stammen 97,2% des Bruttoproduktionswertes aus eigenen Bauleistungen, im Ausbaugewerbe dagegen nur 84,4%, da in diesem Bereich die Handelstätigkeit (14,3%) von größerer Bedeutung ist. Die Tatsache, daß 1967 der Umsatz um rund 5% größer war als der Brutto-

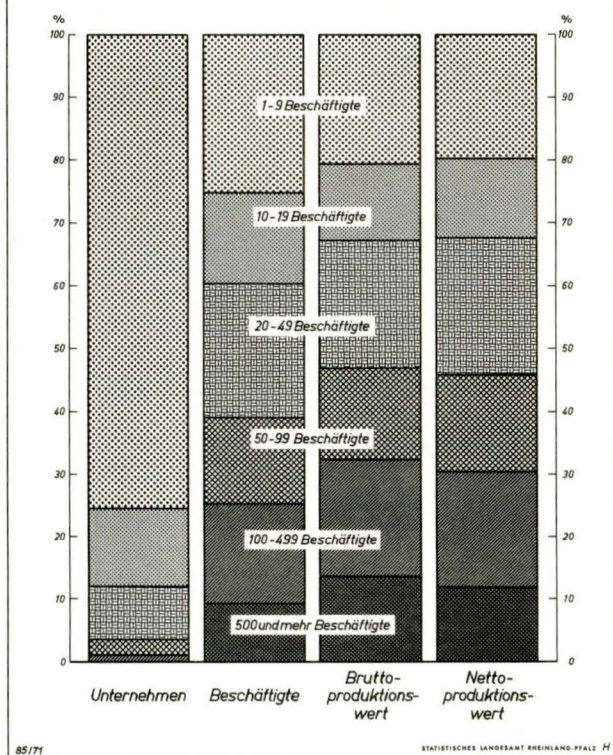
¹⁾ Vgl. Das Sozialprodukt in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1950 bis 1966. Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 177, Bad Ems 1968, S. 11.

Bruttoproduktionswert, Materialverbrauch und Nettoproduktionswert des Baugewerbes
nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftszweigen 1967
(Alle Unternehmen, ohne Arbeitsgemeinschaften)

Wirtschaftszweig Beschäftigtengrößenklasse	Bruttoproduktionswert ¹⁾			Materialverbrauch ²⁾			Nettoproduktionswert			
	ins- gesamt	aus Han- dels- tätig- keit	je Be- schäf- tigten	ins- gesamt	Ein- satz in Han- dels- ware	ver- gebene Lohn- ar- beiten	ins- gesamt	aus Han- dels- tätig- keit	Anteil am Brutto- produk- tions- wert	je Be- schäf- tigten
	1 000 DM	%	DM	1 000 DM	%		1 000 DM	%		DM
Bauhauptgewerbe										
Hoch- und Tiefbau	2 034 714	0,7	30 655	645 392	1,6	6,4	1 389 322	0,3	68,3	20 931
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	587 414	1,0	28 935	173 089	2,5	8,5	414 325	0,3	70,5	20 409
Hoch- und Ingenieurhochbau	698 108	1,0	24 643	189 505	2,5	8,3	508 603	0,5	72,9	17 953
Tief- und Ingenieur Tiefbau (ohne Straßenbau)	190 487	0,6	36 959	61 696	1,4	7,0	128 791	0,2	67,6	24 988
Straßenbau	558 705	0,2	44 377	221 102	0,3	2,9	337 603	0,2	60,4	26 815
Spezialbau	405 242	3,2	37 729	170 664	6,3	6,6	234 578	0,9	57,9	22 402
Schornstein-, Feuerungs- und Industriefenbau	4 381	0	36 815	1 159	0	2,8	3 222	0	73,5	27 084
Dämmung und Abdichtung (Isolierbau)	383 041	3,4	39 242	165 663	6,5	6,7	217 378	1,0	56,8	22 270
Brunnenbau und nichtbergbauliche Tiefbohrung	15 837	0,3	29 166	3 656	1,1	1,7	12 181	0,1	76,9	22 432
Abbruch-, Spreng- und Enttrümme- rungsgewerbe	1 983	0	41 313	186	0	10,8	1 797	0	90,6	37 416
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	142 546	1,2	22 848	25 576	6,2	2,5	116 970	0,2	82,1	18 420
Zimmerei und Dachdeckerei	250 023	3,1	33 994	97 643	5,6	1,3	152 380	1,5	60,9	20 717
Zimmerei und Ingenieurholzbau	107 748	5,1	31 496	41 475	9,5	1,7	66 273	2,2	61,5	19 372
Dachdeckerei	142 275	1,6	36 165	56 168	2,7	0,9	86 107	1,0	60,5	21 887
1 - 9 Beschäftigte	292 164	0,3	25 443	82 816	0,8	1,0	209 344	0,1	71,7	18 231
10 - 19 "	274 307	0,7	24 435	72 321	2,0	4,7	201 986	0,3	73,6	17 992
20 - 49 "	636 488	2,6	28 157	186 655	6,0	5,4	449 833	1,2	70,7	19 899
50 - 99 "	492 623	0,8	32 032	156 428	2,1	7,1	336 199	0,2	68,2	21 860
100 - 199 "	417 960	0,5	34 000	136 717	1,0	7,2	281 243	0,2	67,3	22 878
200 - 299 "	126 759	0	35 868	44 527	0,1	6,2	82 232	0	64,9	23 268
300 - 399 "	44 406	0,3	31 382	21 474	0,5	6,6	22 932	0,1	51,6	16 206
400 - 499 "	59 093	0,1	41 880	25 996	0,8	-	33 097	0	56,0	23 456
500 und mehr "	488 725	2,4	43 620	212 341	4,7	7,0	276 384	0,6	56,6	24 668
Zusammen	2 832 525	1,3	31 281	939 275	3,0	5,8	1 893 250	0,5	66,8	20 908
Ausbaugewerbe										
Bauinstallation	460 351	21,6	28 194	234 401	29,9	0,5	225 950	10,9	49,1	13 838
Klempnerei, Gas- und Wasser- installation	200 025	14,1	31 215	101 654	20,6	0,4	98 371	7,4	49,2	15 351
Elektroinstallation	260 326	25,5	26 243	132 747	36,9	0,6	127 579	13,6	49,0	12 860
Glaser- und Malergewerbe, Tapetenkleberei	250 219	5,6	19 252	66 745	15,0	1,5	183 474	2,2	73,3	14 116
Glaser- und Malergewerbe	28 975	3,8	36 677	13 028	5,7	0,9	15 947	2,2	55,0	20 186
Maler- und Lackierergewerbe	221 244	5,9	18 124	53 717	17,2	1,6	167 527	2,2	75,7	13 723
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Ofen- und Herdsetzerei	101 796	7,2	34 437	45 038	11,5	1,4	56 758	3,8	55,8	19 200
Fliesen- und Plattenlegerei	98 965	7,4	34 615	43 911	11,7	1,4	55 054	3,9	55,6	19 256
Ofen- und Herdsetzerei	2 831	1,9	29 186	1 127	2,9	-	1 704	1,2	60,2	17 577
1 - 9 Beschäftigte	461 309	14,8	23 658	200 230	24,8	0,4	261 083	7,1	56,6	13 390
10 - 19 "	170 779	15,1	25 919	73 463	26,1	1,0	97 316	6,8	57,1	14 769
20 - 49 "	102 548	10,6	27 434	40 767	19,7	1,8	61 781	4,6	60,2	16 527
50 - 99 "	39 725	8,9	28 052	13 399	19,6	4,4	26 322	3,5	66,3	18 588
100 - 199 "	38 005	20,6	36 578	18 325	31,6	0,1	19 680	10,4	51,8	18 941
200 - 499 "										
500 und mehr "										
Zusammen	812 366	14,3	25 165	346 184	24,6	0,8	466 182	6,6	57,4	14 441
Baugewerbe										
1 - 9 Beschäftigte	753 473	9,2	24 320	283 046	17,8	0,6	470 427	4,0	62,4	15 184
10 - 19 "	445 086	6,2	24 984	145 784	14,2	2,8	299 302	2,4	67,3	16 801
20 - 49 "	739 036	3,7	28 054	227 422	8,5	4,7	511 614	1,6	69,2	19 421
50 - 99 "	532 348	1,4	31 697	169 827	3,5	6,9	362 521	0,5	68,1	21 585
100 - 199 "	686 223	1,5	34 848	247 039	3,1	6,6	439 184	0,6	64,0	23 303
200 - 499 "										
500 und mehr "										
Insgesamt	3 644 891	4,2	29 674	1 285 459	8,9	4,4	2 359 432	1,7	64,7	19 209

1) Einschl. selbsterstellte Anlagen und einschl. Handelsware. - 2) Einschl. Handelsware; Bauindustrie: Materialeingang.

Unternehmen, Beschäftigte,
Brutto- und Nettoproduktionswert des Baugewerbes
nach Beschäftigtengrößenklassen 1967



produktionswert, zeigt, daß die Bestände an noch nicht abgerechneten Bauten infolge der Umstellung des Umsatzsteuersystems zum 1. Januar 1968 Ende 1967 erheblich abgebaut wurden. Die daraus resultierende negative Bestandsveränderung war so groß, daß sie durch den Wert der selbsterstellten Anlagen nicht kompensiert werden konnte. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß die Bestandsveränderungen des industriellen Bauhauptgewerbes fehlen, da hier keine Bestände erfragt wurden. Sie hätten wohl die aufgezeigte Tendenz bestätigt. Das Problem der angefangenen, noch nicht abgerechneten Bauten ist insbesondere für das Bauhauptgewerbe wegen der dort häufig langen Produktionszeiten typisch und wurde hier besonders nach der Einführung des neuen Umsatzsteuersystems zum 1. Januar 1968 spürbar, als große Differenzen zwischen der effektiven Bauleistung und dem Umsatz zutage traten.

Wird vom Bruttoproduktionswert (3 645 Mill. DM) der Wert des Materialverbrauchs (einschließlich verbogener Lohnarbeiten) in Höhe von 1 285 Mill. DM in Abzug gebracht, errechnet sich ein Nettoproduktionswert von rund 2 360 Mill. DM und damit eine Nettoquote von 64,7% im gesamten Baugewerbe. Vom Nettoproduktionswert entfielen allein 43,4% auf Löhne und Gehälter ohne die sonstigen Sozialkosten. Die verbleibende Differenz (rund 55%) umfaßt neben dem Unternehmerlohn und dem Gewinn vor allem die indirekten Steuern, die sonstigen

Vorleistungen, Abschreibungen und Kapitalzinsen. Stimmt die Anteile der einzelnen Wirtschaftszweige des Baugewerbes am Umsatz und am Bruttoproduktionswert noch annähernd überein, ergibt sich beim Nettoproduktionswert, bedingt durch die unterschiedliche Vorleistungsstruktur, ein anderes Bild der Rangfolge. Die materialintensiveren Wirtschaftszweige, insbesondere des Ausbaugewerbes, wie die Bauinstallation, weisen im Vergleich zum Umsatz und Bruttoproduktionswert einen geringeren Anteil am Nettoproduktionswert des Baugewerbes aus. Demgegenüber liegen die entsprechenden Anteile der kapital- und arbeitsintensiveren Zweige, insbesondere des Hoch- und Tiefbaus, des Stukkateurgewerbes und des Malergewerbes im Vergleich zum Umsatz bzw. Bruttoproduktionswert höher. Da die Eigenleistung im Bauhauptgewerbe infolge der dort häufiger anzutreffenden Handelstätigkeit durchschnittlich höher ist als im Ausbaugewerbe, übersteigt die Nettoquote des Bauhauptgewerbes mit 66,8% diejenige des Ausbaugewerbes mit 57,4%. Am höchsten ist sie im Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe mit 90,6% und im Stukkateurgewerbe, den Gipsereien und Verputzereien mit 82,1%, am niedrigsten in der Bauinstallation (49,1%), im Glasergerber (55,0%) und den Fliesen- und Plattenlegereien (55,6%).

Die Relation Nettoproduktionswert je Beschäftigten ist für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Baugewerbes ex definitione aussagefähiger als die Kennziffer Umsatz je Beschäftigten oder Bruttoproduktionswert je Beschäftigten. Für das Baugewerbe ergab sich 1967 ein Nettoproduktionswert je Beschäftigten von 19 209 DM gegenüber einem durchschnittlichen Umsatzbetrag je Beschäftigten von 31 130 DM bzw. einem Bruttoproduktionswert je Beschäftigten von 29 674 DM. Der höchste Nettoproduktionswert je Beschäftigten wurde im Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe mit 37 416 DM erzielt, gefolgt vom Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau (27 084 DM), der niedrigste Betrag demgegenüber in den Unternehmen der Elektroinstallation (12 860 DM) und des Maler- und Lackierergewerbes (13 723 DM). Die Aufteilung der Nettoproduktionswerte auf die Beschäftigtengrößenklassen ergibt sowohl hinsichtlich der Nettoquote als auch der absoluten Höhe des Nettoproduktionswertes je Beschäftigten eine bemerkenswerte Abhängigkeit von der Unternehmensgröße. Während der Nettoproduktionswert je Beschäftigten, also die Leistungsfähigkeit, mit wachsender Unternehmensgröße von 15 184 DM bei der Größenklasse mit weniger als zehn Beschäftigten auf 24 668 DM in derjenigen mit 500 und mehr Beschäftigten sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Ausbaugewerbe zunimmt, fällt die Nettoquote zwischen diesen Größenklassen von 62,4 auf 56,6%, wobei die Unternehmen des Bauhauptgewerbes den Ausschlag geben. Dies ist darauf zurückzuführen, daß im Bauhauptgewerbe bei einigen großen Unternehmen der Anteil der industriellen Fertigung bedeutend ist.

Diplom-Volkswirt N. Haueisen

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 567	3 684 ^p	3 684	3 686	3 689	3 704
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 304	2 305	2 422	2 741	3 167	2 481	2 913	2 234	3 028 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,3	9,2	7,8	10,1	8,1	9,3 ^p	7,3 ^p	9,6 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	5 373	4 059	3 817	4 439	4 252	3 902	3 802	4 100	4 095 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	15,1	11,0	14,6	12,6	13,6	12,8	12,1 ^p	13,5 ^p	13,0 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 345	3 641	3 224	3 807	3 268	3 735	3 408	3 635	3 544 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,9	12,3	10,8	10,4	12,3	10,8 ^p	11,9 ^p	11,3 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	129	103	125	96	91	96	74	98	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	25,4	32,7	21,6	21,4	24,6	19,5	23,9	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	2 028	418	593	632	984	167	394	465	551 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	Anzahl	5,7	1,1	2,3	1,8	3,1	0,5	1,3 ^p	1,5 ^p	1,8 ^p
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	10 083	10 822	13 353	7 951	11 093	10 951
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 074	9 085	11 186	6 395	8 960	9 005
* Wanderungsgewinn oder -verlust	Anzahl	1 009	1 737	2 167	1 556	2 133	1 946
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 017	10 417	12 727	7 453	10 955	9 522
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	8,4	9,5	5,5	5,0	5,1	8,0	7,2	6,8	7,0
* Männer	1 000	6,8	6,5	2,8	2,6	2,7	3,9	3,4	3,2	3,4
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Berufe	Anzahl	755	905	72	53	56	92	83	68	75
Bauberufe	Anzahl	948	933	116	86	72	436	298	247	230
Industrielle und handwerkliche Berufe										
Berufe	Anzahl	4 372	4 705	3 240	2 934	2 787	3 850	3 572	3 359	3 222
Offene Stellen										
Männer	Anzahl	27 607	33 113	36 578	38 235	35 951	30 738	31 391	31 825	31 084
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	Anzahl	15 420	20 838	22 389	23 715	22 786	19 436	19 713	19 960	19 707
Berufe	Anzahl	327	461	417	450	405	535	374	329	316
Bauberufe	Anzahl	2 508	3 110	3 525	3 456	3 439	3 559	3 324	3 083	2 979
Industrielle und handwerkliche Berufe										
Berufe	Anzahl	15 003	16 790	17 881	19 204	18 350	12 650	13 291	13 730	13 799
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	739	726	.	765	.	.	.	733	.
* Milchkühe	1 000	298	266	.	278	.	.	.	262	.
* Schweine	1 000	722	827	.	754	.	.	.	781	.
* Zuchtsauen	1 000	56	77	.	75	.	.	.	71	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	33	46	.	48	.	.	.	44	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	17	20	18	19	19	18	17	18	17
* Kälber	1 000	5	2	2	2	2	2	2	2	2
* Schweine	1 000	101	100	92	100	85	99	97	105	89
* Hausschlachtungen	1 000	24	20	13	9	9	19	15	12	8
* Schlachtmengen ⁵⁾	1 000 t	11,0	11,9	11,6	12,7	11,4	11,6	11,6	13,0	11,3
* Rinder	1 000 t	4,2	5,2	4,9	5,1	5,1	4,9	4,8	5,1	4,6
* Kälber	1 000 t	0,3	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,4	6,5	6,6	7,4	6,2	6,5	6,7	7,6	6,5
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁶⁾	1 000	310	320	356	237	179	381	216	57	101
* für Legehennenküken	1 000	17	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	18	50	59	55	56	51	28	49	57
* Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	18	50	59	55	56	51	28	49	57
Milch										
* Milcherzeugung an Molkereien und Händler geliefert	1 000 t	82	83	94	91	89	88	96	87	84
* Milchleistung je Kuh und Tag	%	72,1	79,5	82,8	82,7	82,2	80,0	82,0	83,5	82,9
	kg	8,9	9,7	10,8	10,8	10,3	11,0	11,7	10,9	10,4

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	3 229	3 005	3 004	3 013	3 004	3 053	3 067	3 071	3 069
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	379	407	403	404	408	407	405	406	407
* Arbeiter 2)	1 000	294	306	303	304	308	303	302	302	304
* Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	48	48	44	48	50	48	45	46	46
Löhne und Gehälter (brutto)	Mill. DM	302	491	458	514	505	513	510	566	550
* Löhne (brutto)	Mill. DM	209	328	310	346	342	341	340	371	365
* Gehälter (brutto)	Mill. DM	93	163	148	169	163	172	170	195	185
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	203	103	96	83	86	78	76	78	75
* Gasverbrauch (ohne Erdgas)	1 000 Nm 3	32 600	30 876	30 901	29 808	28 845	21 683	19 694	19 644	18 222
* Heizölverbrauch	1 000 t	117	195	180	168	166	200	184	172	168
* Stromverbrauch	Mill. kWh	592	788	791	792	808	800	808	806	817
* Stromerzeugung (industrielle Eigenenerzeugung)	Mill. kWh	231	313	302	286	278	286	273	267	260
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 4)	Mill. DM	1 412	2 331	2 101	2 357	2 482	2 489	2 445	2 595	2 560
* Auslandsumsatz	Mill. DM	230	504	462	524	511	519	513	556	537
Index der industriellen Produktion 5)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	129	200	218	211	201	222	223	225	205 ^P
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	131	210	222	216	207	230	230	232	212 ^P
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	131	211	224	219	209	232	232	234	213
Energiewirtschaft	1962 = 100	115	175	173	161	161	193	195	203	188 ^P
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	137	219	234	235	229	247	242	249	230
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	119	154	178	186	183	180	192	201	191
Chemische Industrie	1962 = 100	151	256	270	271	264	290	277	284	260
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	128	280	302	295	271	293	312	318	261
Maschinenbau und Datenverarbeitung	1962 = 100	111	237	246	259	225	215	255	274	200
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	123	162	165	147	146	179	172	158	155
Schuhindustrie	1962 = 100	118	111	86	66	106	122	98	55	99
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	128	162	172	169	143	170	172	186	177
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	148	198	179	173	177	185	183	171
Handwerk 6)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	.	103	.	101	.	.	.	101	.
* Umsatz	VjD 1962=100	.	181	.	173	.	.	.	200	.
* Handwerksumsatz	VjD 1962=100	.	177	.	165	.	.	.	193	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	170	233	209	202	205
Strombezug (netto)	Mill. kWh	474	708	682	681	730	822	849	888	...
Stromaufkommen	Mill. kWh	637	928	880	872	923	962	972	1 013	...
* Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm 3	12,1	0,7	0,4	0,3	0,3	0,5	0,4	0,4	0,3
* Gasbezug (netto)	Mill. Nm 3	52	118	97	83	84	125	118	118	106
* Gasaufkommen	Mill. Nm 3	57	118	98	83	84	125	119	118	106
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	99	89	90	91	93	90	89	91	90
Facharbeiter	1 000	51	48	48	51	52	48	48	51	48
Helfer und Hilfsarbeiter	1 000	33	27	28	26	27	27	27	26	28
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 994	12 871	14 149	15 690	16 431	14 334	14 180	14 814	15 039
Privater Bau	1 000	7 759	7 113	7 899	8 685	8 829	7 933	7 928	8 388	8 361
* Wohnungsbauten	1 000	4 899	4 623	5 334	5 746	5 862	5 294	5 362	5 692	5 657
Landwirtschaftliche Bauten	1 000	415	164	215	225	193	121	164	141	157
Gewerbliche Bauten	1 000	2 445	2 326	2 350	2 714	2 774	2 518	2 402	2 555	2 547
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	1 000	6 235	5 758	6 250	7 005	7 602	6 401	6 252	6 426	6 678
Hochbau	1 000	1 791	1 311	1 365	1 504	1 708	1 525	1 468	1 517	1 600
Tiefbau	1 000	4 444	4 447	4 885	5 501	5 894	4 876	4 784	4 909	5 078
Straßenbau	1 000	2 027	2 180	2 446	2 768	2 992	2 241	2 243	2 384	2 408
Löhne und Gehälter (brutto)	1 000 DM	75 603	99 530	110 145	119 563	125 411	114 560	120 459	126 531	128 513
* Löhne (brutto)	1 000 DM	69 161	89 676	100 850	109 618	115 419	104 156	109 691	115 425	117 363
* Gehälter (brutto)	1 000 DM	6 442	9 854	9 295	9 945	9 992	10 404	10 768	11 106	11 150
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	1 000 DM	217 848	255 982	218 129	284 958	299 470	255 370	234 719	291 449	283 226

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts. - 4) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 5) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 7) Ab März 1971 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 346	1 143	1 171	1 290	1 558	1 344	1 532	1 378	1 559
* Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	.	1 034	1 048	1 167	1 429	1 197	1 385	1 211	1 398
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 226	1 224	1 286	1 358	1 551	1 652	1 764	1 498	1 730
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	122 133	150 553	156 294	168 383	191 286	219 537	240 132	206 533	238 943
* Wohnfläche	1 000 qm	210	213	242	243	278	285	305	259	292
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
* Umbauter Raum	1 000 cbm	339	273	288	287	342	241	270	228	318
* Veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	1 067	1 279	1 448	1 598	1 681	1 006	1 921	1 144	1 439
* Nutzfläche	1 000 qm	76 216	99 284	96 581	101 473	143 667	111 493	215 431	136 981	192 758
* Wohnungen insgesamt	Anzahl	187	207	237	232	286	166	290	180	270
		2 790	2 479	2 630	2 643	3 043	3 478	3 556	2 995	3 483
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	1962 = 100	104	116	116	.	.	.	124	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	119	155	155	.	.	.	176	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	124	158	158	.	.	.	177	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	121	158	157	.	.	.	181	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahlbetonfertigteilen)	1962 = 100	117	149	148	.	.	.	167	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	120	154	155	.	.	.	173	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	105	124	125	.	.	.	132	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	127	164	165	.	.	.	183	.	.
Deckenputz	1962 = 100	129	162	165	.	.	.	177	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	130	171	174	.	.	.	188	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	117	139	138	.	.	.	155	.	.
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	.	151	148	.	.	.	168	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	262,2	566,3	518,4	575,6	601,5	612,4	598,0	607,8	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	7,8	18,8	17,0	20,7	20,5	24,1	20,7	24,3	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	254,4	547,4	501,5	554,9	581,0	588,4	577,3	583,5	...
* Rohstoffe	Mill. DM	6,9	9,7	9,7	10,9	11,9	10,4	11,4	10,9	...
* Halbwaren	Mill. DM	21,8	29,6	27,4	32,1	31,4	39,9	39,9	40,0	...
* Fertigwaren	Mill. DM	225,7	508,2	464,3	511,9	537,8	538,1	526,0	532,6	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	119,9	195,9	190,6	205,7	204,2	212,5	197,4	204,8	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	105,8	312,3	273,8	306,2	333,5	325,5	328,6	327,7	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EWG-Länder	Mill. DM	88,3	217,6	192,3	218,5	225,7	250,9	237,6	247,8	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	18,5	38,9	33,7	41,8	38,6	43,7	40,4	45,8	...
Frankreich	Mill. DM	27,0	83,0	76,2	78,2	86,4	97,5	98,6	95,0	...
Italien	Mill. DM	20,0	47,6	40,8	47,2	51,5	53,8	51,5	56,3	...
Niederlande	Mill. DM	22,8	48,2	41,6	51,4	49,2	55,8	47,1	50,7	...
* EFTA-Länder	Mill. DM	72,1	120,4	112,7	121,0	118,6	121,4	132,0	128,2	...
Dänemark	Mill. DM	7,5	12,3	11,1	12,5	13,0	12,0	12,3	12,2	...
Großbritannien	Mill. DM	17,3	22,7	23,1	23,6	22,0	23,2	24,2	24,2	...
Österreich	Mill. DM	13,2	23,3	21,4	24,6	23,9	25,3	27,1	27,7	...
Schweden	Mill. DM	10,5	17,0	15,9	15,0	12,8	16,7	16,5	15,7	...
Schweiz	Mill. DM	17,8	33,4	31,7	33,2	34,3	34,3	40,6	38,4	...
USA und Kanada	Mill. DM	17,6	36,7	31,3	37,7	48,1	47,7	44,7	44,9	...
Ostblockländer	Mill. DM	11,2	23,0	30,7	21,7	25,5	25,2	22,5	19,2	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	...	390,8	367,3	383,3	387,2	462,1	418,0	493,4	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	...	62,1	58,0	63,8	52,9	76,8	67,8	72,7	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	...	328,7	309,3	319,5	334,3	385,3	350,1	420,7	...
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	12 201	19 803	17 842	18 871	19 676	18 291	18 962	20 896	24 795
* Lieferungen	1 000 DM	32 468	40 707	35 603	36 230	43 409	43 446	43 347	43 733	43 718
Einzelhandel										
Beschäftigte	1962 = 100	98	97	95	95	95	94	94	94	94
* Umsatz	1962 = 100	122	158	148	153	162	175	163	161	175
Waren verschiedener Art	1962 = 100	158	229	201	199	236	232	220	207	255
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	114	138	135	141	145	145	135	134	143
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1962 = 100	114	146	146	130	141	180	159	128	158
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1962 = 100	122	170	146	158	183	165	177	188	179
Elektrotechn., feinmechanische und optische Erzeugnisse	1962 = 100	120	152	128	126	141	136	125	122	150
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	1962 = 100	127	154	144	179	171	203	187	204	207

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1962 = 100	107	113	114	121	123	111	113	129	123
Teilbeschäftigte	1962 = 100	185	197	187	215	221	203	227	327	227
* Umsatz	1962 = 100	132	162	175	177	194	167	190	191	211
Übernachtungsumsatz	1962 = 100	142	212	236	258	328	229	281	296	363
Beköstigungsumsatz	1962 = 100	132	156	170	169	182	158	179	178	194
Fremdenverkehr										
in 241 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	221	246	303	310	404	244	323	323	...
* Auslandsgäste	1 000	44	58	69	86	163	45	72	85	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	821	890	1 012	1 174	1 537	848	1 090	1 266	...
* Auslandsgäste	1 000	89	132	142	192	398	123	135	211	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	2 772	3 311	3 212	3 968	4 071	3 839	3 509	4 042	...
* Güterermpfang	1 000 t	1 356	1 582	1 465	1 823	1 837	1 863	1 670	1 901	...
* Güterversand	1 000 t	1 416	1 729	1 747	2 145	2 234	1 976	1 839	2 141	...
Schiffs- und Güterdurchgangs- verkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 721	3 594	3 464	3 931	4 242	4 441	4 706	4 523	4 658
Ladung	1 000 t	3 472	2 836	2 853	3 183	3 457	3 164	3 402	3 714	3 205
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	82	87	90	90	91	77	76	86	81
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 830	3 894	3 497	4 309	4 520	4 755	5 044	4 861	4 884
Ladung	1 000 t	1 246	1 464	1 391	1 725	1 786	1 387	1 431	1 723	1 495
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	77	85	87	90	89	71	70	85	76
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraft- fahrzeuge	Anzahl	8 055	11 108	11 371	13 326	13 164	14 533	13 298	13 697	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	32	47	69	84	92	152	127	141	...
* Personen- und Kombinations- kraftwagen	Anzahl	6 846	9 856	10 156	10 769	11 809	13 096	12 067	12 397	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	553	696	742	832	756	718	707	730	...
Zugmaschinen	Anzahl	546	450	355	477	442	498	333	372	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	262	366	506	590	734	631	588	620	...
Personenverkehr der Straßen- verkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	20 990	24 891	23 755	25 485	23 548	24 309	25 503	25 665	23 839
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	19 968	22 307	21 090	22 387	21 281	21 791	21 926	21 751	21 009
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	634	2 182	2 076	2 413	1 664	2 191	3 008	3 146	2 196
Berufsverkehr	1 000	576	747	689	811	758	831	724	790	760
Schülerverkehr	1 000	56	1 434	1 386	1 602	906	1 359	2 283	2 355	1 436
Gelegenheitsverkehr	1 000	388	402	589	685	603	327	569	768	634
Ausflugsfahrten	1 000	92	93	123	163	154	66	136	164	159
Ferienziel-Reisen	1 000	1	1	1	3	3	1	2	2	4
Mietwagenverkehr	1 000	295	308	465	519	446	260	431	602	471
Wagenkilometer	1 000	8 951	11 020	11 491	12 753	12 482	10 337	12 735	13 579	13 046
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	5 696	7 399	7 705	7 261	8 079	6 559	7 794	7 442	...
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 592	1 871	2 168	2 033	2 218	1 639	2 178	1 982	...
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	4 104	5 528	5 537	5 228	5 861	4 920	5 616	5 460	...
bis 1 000 DM bei jedem										
Beteiligten	Anzahl	3 508	4 627	4 610	4 386	4 924	4 029	4 491	4 412	...
über 1 000 DM bei einem										
Beteiligten	Anzahl	596	900	927	842	937	891	1 125	1 048	...
* Getötete Personen	Anzahl	83	101	110	120	125	80	111	110	...
Pkw-Insassen	Anzahl	36	54	65	62	67	41	57	65	...
Fußgänger	Anzahl	28	27	23	24	20	18	28	18	...
* Verletzte Personen	Anzahl	2 216	2 720	3 270	2 937	3 264	2 444	3 207	2 843	...
Pkw-Insassen	Anzahl	1 306	1 813	2 210	1 854	2 094	1 607	2 081	1 840	...
Fußgänger	Anzahl	355	370	409	377	432	296	358	336	...
Schwerverletzte	Anzahl	741	924	1 148	1 066	1 160	862	1 154	1 037	...
Pkw-Insassen	Anzahl	393	528	721	601	683	504	679	616	...
Fußgänger	Anzahl	160	182	189	179	195	156	167	166	...
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	36 901	37 629	34 305	37 984	36 984	40 363	37 326	40 066	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 114	1 129	826	838	983	1 159	895	816	...
Telegramme	1 000	86	60	67	62	71	58	57	55	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	773 166	1 068 962	1 049 090	1 108 209	1 181 582	1 076 208	1 094 602	1 120 062	...
Lastschriften	1 000 DM	772 416	1 065 972	1 023 153	1 112 355	1 199 393	1 083 854	1 068 978	1 124 390	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	9 164	15 671	12 531	16 342	21 173	16 309	14 766	18 980	...
Auszahlungen	1 000 DM	9 038	15 635	12 635	15 969	18 270	20 602	18 374	21 608	...
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk 1)	1 000	997	1 096	1 095	1 095	1 096	1 067	1 067	1 066	...
Fernsehrundfunk	1 000	595	938	935	937	939	942	943	944	...

1) Ab Januar 1971 nur gebührenpflichtige Hörfunkteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	10 036	19 655	18 567	18 844	18 928	20 392	20 548	20 960	21 200
* Kurzfristige Kredite 2) * an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 917	5 095	4 760	4 908	4 898	5 184	5 181	5 403	5 396
* Mittelfristige Kredite 3) * an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 863	4 969	4 687	4 811	4 782	5 042	5 015	5 219	5 213
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	1 294	2 177	2 010	2 052	2 027	2 407	2 451	2 486	2 568
* Langfristige Kredite 4) * an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 188	2 035	1 870	1 913	1 894	2 212	2 248	2 265	2 347
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	3	8	10	10	10	6	6	6	6
* Langfristige Kredite 4) * an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 826	12 384	11 797	11 884	12 003	12 801	12 915	13 071	13 237
* durchlaufende Kredite	Mill. DM	4 461	9 876	9 528	9 602	9 674	10 110	10 190	10 244	10 362
	Mill. DM	372	1 626	1 602	1 611	1 615	1 640	1 643	1 650	1 652
* Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	8 531 ⁶⁾	17 800	16 412	16 547	16 695	19 054	19 329	19 029	19 102
* Sicht- und Termingelder von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 944	5 898	5 325	5 406	5 542	6 773	6 977	6 599	6 606
* Spareinlagen	Mill. DM	2 258	4 824	4 134	4 319	4 460	5 669	5 614	5 380	5 369
* bei Sparkassen	Mill. DM	5 588	10 493	9 696	9 745	9 754	10 858	10 930	10 996	11 064
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	3 746 ^r	6 650 ^r	6 202 ^r	6 218 ^r	6 213 ^r	6 845 ^r	6 881 ^r	6 900	6 929
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	301	543	424	490	646	567	522	591	734
* Zinsgutschriften	Mill. DM	246	498	389	443	642	498	454	543	679
	Mill. DM	15	44	0	1	2	0	1	1	2
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse	Anzahl	11	17	11	19	15	13	10	13	17
* Vergleichsverfahren	Anzahl	2	2	7	-	1	1	2	2	2
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	2 391	1 652	1 583	1 793	1 752	1 622	1 623	1 717	1 680
* Wechselsumme	1 000 DM	3 653	3 653	3 755	4 617	4 166	4 049	4 109	4 519	5 061
Steuern										
* Gemeinschaftliche Steuern	1 000 DM	256 725	394 473	235 147	469 708	361 253	289 624	385 322	502 458	398 871
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	152 021	254 214	114 906	360 045	206 399	145 786	236 917 ⁸⁾	353 143	233 640
* Lohnsteuer	1 000 DM	59 322	143 909	104 040	97 239	112 555	129 836	202 352 ⁸⁾	113 069	135 925
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	58 006	62 924	4 735	171 915	19 017	17 569	2 292	183 003	14 079
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	5 223	8 478	1 136	7 338	72 025	1 212	- 102 ⁸⁾	2 823	81 203
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	29 470	38 904	4 995	83 553	2 802	- 2 831	32 375	54 248	2 433
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	104 704	140 259	120 241	109 663	154 854	143 838	148 405	149 315	165 231
* Umsatzsteuer	1 000 DM	83 759	104 655	94 604	84 224	100 380	108 128	113 399	119 432	113 037
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 945	35 604	25 637	25 439	54 474	35 710	35 006	29 883	52 194
* Bundessteuern	1 000 DM	67 618	87 189	68 505	98 065	100 512	77 534	93 831	97 419	101 765
* Zölle	1 000 DM	24 568	10 773	3 104	11 518	14 366	5 995	6 573	6 948	13 176
* Verbrauchsteuern	1 000 DM	39 052	68 394	60 144	75 340	78 409	67 661	81 939	79 453	80 050
* Mineralölsteuer	1 000 DM	3 541	23 337	8 908	33 471	34 044	15 906	30 757	32 606	31 557
* Branntweinmonopol	1 000 DM	14 094	23 100	30 425	20 479	22 209	33 129	32 691	24 752	23 347
* Schaumweinsteuer	1 000 DM	5 136	7 986	6 447	6 452	6 672	7 600	6 211	6 786	6 875
* Landessteuern	1 000 DM	25 951	38 529	51 181	31 143	33 687	34 567	47 427	42 398	36 756
* Vermögensteuer	1 000 DM	5 486	9 801	22 732	2 121	2 401	1 360	20 076	7 506	1 551
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	13 282	19 391	18 034	19 323	21 068	23 109	19 536	22 275	23 032
* Biersteuer	1 000 DM	4 670	5 531	5 348	5 864	6 708	5 127	4 304	7 843	6 234
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	171 391	208 603	.	220 063	.	.	.	240 551	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	117 256	137 583	.	149 248	.	.	.	161 749	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	8 458	12 664	.	11 293	.	.	.	13 220	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	9 696	9 522	.	10 835	.	.	.	9 354	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	22 044	28 967	.	29 188	.	.	.	32 201	.
* Einnahmen des Bundes	1 000 DM	229 669	307 171	223 186	338 804	326 062	268 025	306 266	358 057	352 024
* Einnahmen des Landes	1 000 DM	120 625	221 504	187 598	252 596	215 085	178 523	221 852	276 067	231 620
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	92 733	112 629	49 839	161 182	93 989	62 575	104 134	155 846	106 321
* Anteil an den Steuern vom Umsatz ⁷⁾	1 000 DM	-	61 173	65 905	57 476	64 246	54 152	65 873	77 551	60 267
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	-	9 172	20 673	2 793	23 163	27 229	4 418	272	28 276
* Einnahmen der Gemeinden (Gv.)	1 000 DM	171 391	229 964	.	247 371	.	.	.	277 715	.
* Gemeindeeinkommensteuer	1 000 DM	-	76 400	.	38 351	.	.	.	100 869	.

1) Ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postsparkassen sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31.12.1967 unter 5 Mill. DM lag; einschl. aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute und einschl. Bausparkassen. - Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 2) Laufzeit bis zu 1 Jahr (bis einschl. 1968 = 6 Monate). - 3) Laufzeit 1 bis 4 Jahre (bis einschl. 1968 = 6 Monate bis 4 Jahre). - 4) Ab 1969 einschl. Landeswohnungsbaufonds. - 5) Einschl. Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahressummen. - 6) Ohne aufgenommene Kredite. - 7) Einschl. der auf Grund des vorläufigen Umsatzsteuerabgleichs zwischen den Ländern vereinnahmten Beträge. - 8) Einschl. Zerlegung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	185	261	.	.	264	279
* Männliche Arbeiter	DM	201	286	.	.	289	305
Facharbeiter	DM	213	304	.	.	307	323
Angelernte Arbeiter	DM	199	278	.	.	281	297
Hilfsarbeiter	DM	169	238	.	.	243	253
* Weibliche Arbeiter	DM	123	170	.	.	171	185
Bruttostundenverdienste	DM	4,09	5,85	.	.	5,91	6,39
* Männliche Arbeiter	DM	4,37	6,26	.	.	6,32	6,81
Facharbeiter	DM	4,63	6,65	.	.	6,70	7,22
Angelernte Arbeiter	DM	4,29	6,09	.	.	6,17	6,63
Hilfsarbeiter	DM	3,73	5,22	.	.	5,28	5,68
* Weibliche Arbeiter	DM	2,96	4,18	.	.	4,20	4,62
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	44,9	44,5	.	.	44,7	43,8
* Männliche Arbeiter	Std.	45,9	45,6	.	.	45,7	44,8
* Weibliche Arbeiter	Std.	41,5	40,8	.	.	40,7	39,9
Geleistete Wochenarbeitszeit	Std.	41,2	40,2	.	.	38,6	37,3
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,2	.	.	39,7	38,3
* Weibliche Arbeiter	Std.	37,3	36,3	.	.	34,1	33,8
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	970	1 388	.	.	1 400	1 507
* Männliche Angestellte	DM	876	1 250	.	.	1 260	1 365
* Weibliche Angestellte	DM	1 057	1 515	.	.	1 522	1 651
Technische Angestellte	DM	674	961	.	.	975	1 051
* Männliche Angestellte	DM	1 140	1 615	.	.	1 630	1 737
* Weibliche Angestellte	DM	1 172	1 665	.	.	1 680	1 788
im Handel, Kredit- und Versicherungs-	DM	783	1 106	.	.	1 127	1 213
kaufmännische Angestellte	DM	651	943	.	.	954	1 047
* Männliche Angestellte	DM	646	938	.	.	949	1 041
* Weibliche Angestellte	DM	852	1 235	.	.	1 241	1 376
in Industrie und Handel zusammen	DM	513	736	.	.	746	819
Kaufmännische Angestellte	DM	817	1 181	.	.	1 193	1 293
* Männliche Angestellte	DM	742	1 070	.	.	1 081	1 177
* Weibliche Angestellte	DM	952	1 371	.	.	1 377	1 510
Technische Angestellte	DM	570	820	.	.	831	904
* Männliche Angestellte	DM	1 124	1 590	.	.	1 604	1 723
* Weibliche Angestellte	DM	1 156	1 644	.	.	1 659	1 774
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 055	1 113	1 110	1 109	1 110	1 121	1 120	1 119	1 120
Pflichtmitglieder	1 000	671	672	669	667	667	677	675	673	673
Rentner	1 000	241	350	349	349	350	359	359	360	360
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,9	5,1	4,5	4,8	4,8	4,7	4,3	4,5	4,3
Männer	%	4,9	5,2	4,6	5,0	5,0	4,8	4,5	4,6	4,5
Frauen	%	4,8	4,9	4,4	4,6	4,4	4,6	4,0	4,2	4,0
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	307 980	368 909	363 689	364 457	368 827	380 061	380 573	380 381	378 213
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	58 446	102 883	98 554	109 868	102 889	111 156	111 214	110 184	109 504
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	7 169	7 988	4 302	4 052	3 731	7 119	5 481	5 306	4 959
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	6 755	7 154	3 602	3 436	3 103	6 267	4 799	4 635	4 289
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	2 507	3 937	870	2 507	1 515	6 269	4 575	4 299	3 234
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM	2 400	3 700	847	2 203	1 408	5 799	4 251	3 924	2 885
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	176	160	.	160	.	.	.	157	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	26 846	34 078	35 244	35 119	34 444	36 864	37 227	37 027	36 527

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 297	61 508 ^p	61 426	61 508 ⁸⁾	61 559 ^{p10)}
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 011	37 035 ^p	38 791 ^p	39 742 ^{p9)}	44 116 ^{p10)}	32 976 ^p	38 626 ^p	46 559 ^p	36 407 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	87 027	67 564 ^p	71 985 ^p	63 021 ^{p9)}	77 127 ^{p10)}	73 662 ^p	67 492 ^p	66 610 ^p	68 055 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	56 469	61 224 ^p	58 604 ^p	51 789 ^{p9)}	64 718 ^{p10)}	69 195 ^p	60 883 ^p	58 325 ^p	58 101 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	20 558	6 340 ^p	13 381 ^p	11 232 ^{p9)}	12 409 ^{p10)}	4 467 ^p	6 609 ^p	8 285 ^p	9 954 ^p
Arbeitslose	1 000	147	149	121	103	95	206	160	143	135
Männer	1 000	106	93	68	55	50	121	77	66	63
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	17 723	20 969	.	.	19 732	20 901	.	.	20 397
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	234	293	298	282	287	330	298	293	325
Milcherzeugung	1 000 t	1 765	1 821	2 037	2 177	2 075	1 907	1 998	2 178	1 978
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 460	8 603	8 575	8 568	8 573	8 584	8 556	8 527	8 523
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	1 055	1 020	1 083	975	1 024	1 062	1 009	961	971
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	31 218	44 072	45 579	40 672	45 191	49 788	46 670	45 273	47 946
Auslandsumsatz	Mill. DM	4 903	8 506	8 952	7 845	8 848	10 093	9 154	9 009	9 575
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	118	157	160	174	162	158	168	168	167
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	118	158	161	173	161	161	169	168	167
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	118	157	159	173	161	158	168	168	166
Energiewirtschaft	1962 = 100	126	193	195	185	165	224	203	185	183
Bergbau	1962 = 100	100	99	101	100	95	108	103	101	100
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	119	161	163	178	166	161	172	172	171
Grundstoffe und Produktionsgüter	1962 = 100	125	179	184	194	186	180	191	190	193
Investitionsgüter	1962 = 100	118	160	164	182	169	161	171	173	171
Verbrauchsgüter	1962 = 100	116	148	151	163	144	151	163	161	155
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	115	139	133	149	139	133	144	146	143
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	119	139	144	183	169	103	156	168	164
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	11 256	9 273	9 975	7 841	9 114	10 634	9 135	8 532	8 792
Braunkohlenförderung (brutto)	1 000 t	8 492	8 981	8 844	8 935	8 737	9 166	8 278	8 255	8 479
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 249	2 802	2 944	2 827	2 867	2 826	2 528	2 576	2 676
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 014	3 698	3 970	3 682	3 849	3 817	3 310	3 294	3 592
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 070	2 686	3 004	2 559	2 828	2 713	2 413	2 328	2 536
Elektrizitätserzeugung (brutto)	Mill. kWh	13 003	20 218	20 558	18 375	17 731	24 282	20 835
Gaserzeugung (brutto)	Mill. Nm ³	4 980	6 804	6 758	6 575	6 239	7 897	6 840
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 643	1 529	1 530	1 551	1 571	1 502	1 544	1 554	1 561
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	233	210	235	231	256	173	225	229	237
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) 6)	Mill. DM	3 698	4 602	3 380	3 605	4 563	3 988	4 288	4 652	5 167
Baugenehmigungen Wohnungen	Anzahl	51 898	50 766	54 736	48 929	54 689	55 705	59 026
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1962 = 100	124	170	166	162	162	183	192	182	176 ^p
Großhandel										
Umsatz	1962 = 100	122	159	172	153	165	172	168	159 ^x	169 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	116	138	126	151	142	134	142	160	154 ^p
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	5 871	9 134	9 645	8 607	9 569	11 000	10 260	9 698	10 548
Ausfuhr	Mill. DM	5 971	10 440	10 757	9 706	10 705	12 885	11 327	10 926	11 485
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	100	1 306	1 112	1 099	1 136	1 885	1 066	1 229	937

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) 1965 einschl. Umsatzsteuer. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. 8) Stand: 26.5. - 9) 1.5. - 26.5. - 10) 27.5. - 30.6.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1965	1970				1971			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	103	125	138	111	127	119
Binnenschifffahrt	1962 = 100	113	140	160	135	163	140	148
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1962 = 100	122	163	164	164	165	149	159
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1962 = 100	93	88	87	89	85	87
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1962 = 100	95	93	96	90	94	100	94	95	...
Geld und Kredit										
(Stand am Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	29 652	36 889	34 997	35 164	34 988	35 955	37 054	37 730	37 411 ^P
Kredite und Einlagen 2)										
Kredite an Nichtbanken 3)	Mill. DM	316 728	543 735 ^x	503 327	507 744	513 959	551 534 ^x	554 748	558 749	567 406 ^P
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	71 093	119 605	109 873	111 738	115 146	120 533	120 321	121 240	126 918 ^P
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	245 635	424 128 ^x	393 454	396 006	398 813	431 001 ^x	434 427	437 509	440 488 ^P
Durchlaufende Kredite	Mill. DM	26 007	37 237 ^x	34 656	34 829	34 868	37 195 ^x	37 358	37 439	37 469 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken										
Sicht- und Termingelder	Mill. DM	258 110	447 058	405 971	411 480	414 756	451 119	457 606	466 054	463 885 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	123 539	200 045	176 602	181 502	184 043	197 652	202 613	209 738	206 217 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	109,0	131,7	143,0	129,7	124,3	139,1	136,5	137,3	136,7
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	3 421	5 152	2 714	2 744	8 353	8 332	3 475	3 195	8 512
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 018	3 177	2 774	3 088	2 996	2 868	3 356	3 458	3 408
Bundessteuern	Mill. DM	1 630	2 283	2 142	2 148	2 447	2 868	2 431	2 261	2 502
Landessteuern	Mill. DM	546	794	694	1 081	593	717	710	1 180	680
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63=100	107,2	106,2	105,3	103,7	103,4	98,0	98,4 ^P	97,6 ^P	97,8 ^P
Index der Einkaufspreise landw. Betriebsmittel 4) 5)	1962/63=100	104,4	105,8	108,0	108,8	108,9	112,6	112,7	113,8 ^x	114,0
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1962 = 100	104,0	107,5	106,8	106,8	107,4	112,0	112,4	112,4	112,7
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	114,6	147,4	.	147,4	.	.	.	163,6	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	97,5	115,6	.	116,2	.	.	.	126,6	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938 = 100	215,8	245,0	244,2	244,6	245,8	254,9	256,0	257,2	258,6
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1958 = 100	117,5	133,5	133,0	133,2	133,9	138,8	139,5	140,1	140,9
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1962 = 100	109,0	123,7	123,3	123,5	124,1	128,7	129,3	129,9	130,6
Preisindex für die Lebenshaltung 9)	1962 = 100	108,7	124,0	123,6	123,8	124,2	128,9	129,5	129,9	130,4
Nahrungs- und Genußmittel	1962 = 100	108,8	117,4	117,8	118,0	118,5	120,6	121,3	121,8	122,6
Kleidung und Schuhe	1962 = 100	105,8	115,8	114,9	115,2	115,3	121,0	121,5	122,0	122,4
Wohnungsmiete	1962 = 100	117,8	163,4	162,1	162,5	162,9	170,2	171,5	172,0	172,9
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1962 = 100	107,1	127,4	124,2	123,7	125,7	135,8	134,0	133,3	133,5
Übriges für die Haushaltsführung	1962 = 100	104,8	114,1	114,0	113,6	114,0	119,9	120,2	120,2	120,1
Waren und Dienstleistungen für Verkehr u. Nachrichtenübermittlg.	1962 = 100	105,2	118,1	117,2	117,4	117,6	124,4	124,7	125,1	125,5
Körper- und Gesundheitspflege	1962 = 100	112,3	140,9	139,9	140,3	140,7	147,7	149,0	149,8	150,2
Bildung und Unterhaltung	1962 = 100	110,2	129,4	128,8	128,9	129,2	134,4	135,4	135,7	136,4
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1962 = 100	106,0	121,0	120,5	120,6	124,2	125,2	125,4	125,6	125,7
Löhne										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	126,8	157,2	176,0	.	.	.	193,7	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	127,3	161,7	179,4	.	.	.	197,3	.	.
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	127,8	159,3	176,9	.	.	.	200,0	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	128,2	163,5	182,0	.	.	.	203,3	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1962 = 100	99,4	98,6	99,5	.	.	.	96,9	.	.
Weibliche Arbeiter	1962 = 100	99,2	98,7	98,3	.	.	.	96,8	.	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute. - 2) Ohne Zentralbanksystem. Infolge Umgestaltung der Bankenstatistik sind die Zahlen ab 1969 mit früheren Angaben nicht voll vergleichbar. - 3) Einschl. Wertpapiere, Ausgleichs- und Deckungsforderungen. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen. - 9) Alle privaten Haushalte.

Inhalt

Themen der letzten Hefte

Heft 2/Februar 1971

Sozialprodukt 1970
Öffentlich Bedienstete 1970
Wein, Obst und Gemüse 1970
Investitionen 1969
Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte 1969
Lohnsteuerpflichtige 1968

Heft 3/März 1971

Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten 1970
Bauhauptgewerbe 1970
Nutztviehhaltung 1970
Wohnverhältnisse der über 65jährigen 1968
Versorgungsempfänger 1968
Mitwirkungsbereitschaft bei der EVS 1969

Heft 4/April 1971

Landtagswahl 1971
Industrie 1970
Straßenverkehrsunfälle 1970
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1970
Schlepper und Mähdrescher 1970
Vermögensmillionäre 1969
Wochenend- und Ferienhäuser 1968
Wohnverhältnisse kinderreicher Familien 1968

Heft 5/Mai 1971

Steueraufkommen 1970
Erwerbstätigkeit 1970
Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1970
Sozialhilfeaufwand 1970
Struktur der bewohnten Gebäude 1968
Ertragslage und Investitionen des Handwerks 1967

Heft 6/Juni 1971

Wahlverhalten der Bevölkerung 1971
Hochschulstudenten 1970/71
Landwirtschaftszählung 1971
Milch, Fleisch, Eier 1970
Außenhandel 1970
Kriegsopferfürsorge 1970
Sozialwohnungen 1970
Wohnverhältnis, Größe und Belegung der Wohnungen 1968

Heft 7/Juli 1971

Straßenverkehrsunfälle 1970 - Orte und Schwerpunkte
Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1970
Öffentliche Jugendhilfe 1970
Schlacht tier- und Fleischbeschau 1970
Leerstehende Wohnungen 1968
Sozialwohnungen 1968

Heft 8/August 1971

Bevölkerungsentwicklung 1970-2000
Ernteaussichten für 1971
Hochbautätigkeit 1970
Haushalte und ihre Wohnungen 1968
Wohnverhältnisse Rheinland-Pfalz/Bund 1968
Struktur des Handwerks 1967/68

Themen der folgenden Hefte

Bevölkerungsentwicklung 1970-1990 (einschl. Wanderungen)
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1970
Berufsbildende Schulen 1970/71
Volkshochschulen 1970
Bodennutzung 1971
Arbeitsstättenzählung 1970
Unfallursachen 1970
Sozialhilfeempfänger 1970
Staats- und Gemeindefinanzen seit 1950

Kurz und aktuell

1969. Erheblich höhere Beträge als 1969 flossen den Kommunen dagegen an Zuweisungen des Landes und Bundes zu; die Zuwachsrate machte hier + 20,7% aus. Die Ausgabenentwicklung zwang die Kommunen dagegen gleichwohl um 42% mehr an Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln in Anspruch zu nehmen als 1969.

Gemüseanbau 1971

Nach dem vorläufigen Ergebnis der repräsentativ durchgeführten Gemüsehaupterhebung belief sich der Gemüseanbau auf dem Freiland im Jahre 1971 auf 5 556 ha gegenüber 5 836 im Vorjahr. Das entspricht einem Rückgang von nicht ganz 5%. Von allen Arten nahm der Spinat mit 963 ha die größte Fläche in Anspruch. Bemerkenswerte Flächenzunahmen erfuhren Blumenkohl und Zwiebeln. Größere Anbaurückgänge dagegen gab es bei Spinat, Rotkohl, Weißkohl, Möhren, Buschbohnen und Gurken. Unverändert blieb die Anbaufläche des Spargels mit 790 ha.

Getreideernte 1971

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Bodennutzungserhebung und der Besonderen Erntermittlung beläuft sich die diesjährige Getreideernte in Rheinland-Pfalz auf rund 1,4 Mill. t. Bei einer Flächenausdehnung um 0,7% liegt sie damit um 18% über der Erntemenge des Vorjahres. Der Mehrertrag ist hauptsächlich auf höhere Flächenleistungen zurückzuführen. Für Getreide insgesamt wurden 36,4 dz je ha ermittelt gegenüber 31,1 dz im Jahre 1970, Winterweizen lieferte 40,3 dz und Sommergerste 35,4 dz je ha. Der bisher höchste Hektarertrag für alle Getreidearten zusammen aus dem Jahre 1967 wurde nur um 0,6 dz unterschritten.

Industrie I. Halbjahr 1971

Die Zahl der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Industrie erhöhte sich im ersten Halbjahr 1971 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,9%, während die geleisteten Arbeiterstunden eine Minderung von 1,9% erfuhren. Zugleich stiegen Löhne und Gehälter um 12,2%. Ein Zuwachs in etwa der gleichen Höhe, nämlich von 12,7%, konnte auch für den Umsatz festgestellt werden, wobei der Inlandsumsatz um 14,1, der Auslandsumsatz um 7,7% höher lagen.

Die industrielle Produktion (ohne Bau und Energie) expandierte im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1971 um 5,9%, wobei im Straßenfahrzeugbau mit + 18,0%, im Stahl- und Leichtmetallbau mit + 15,5%, in der Industrie der Steine und Erden mit + 14,1% und in der Kunststoff verarbeitenden Industrie mit + 13,0% die relativ stärksten Produktionssteigerungen registriert wurden. Augenfällige Rückgänge verbuchten dagegen die Leder erzeugende Industrie (— 26,1%), die Bekleidungsindustrie (— 7,9%) und die Stahlverformung (— 7,6%).

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968, 1970

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170, 193	Bevölkerungsentwicklung 1951 - '58, '59, '60, '61, '62, 1963 - '65, 1966 - '67
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 5 Reihen	

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152, 203	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965, 1969
" .., 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" .., 24, 46, 87, 142, 195	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964, 1969
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 4 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70, 82, 92,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182, 192, 205	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93, 104, 133,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 140, 149, 159, 168, 185, 196, 206	1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968, 1969
Statistische Berichte: 23 Reihen	

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184, 197	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
“ 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
“ 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
“ 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
“ 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
“ 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
“ 77	Gemeindestraßen 1956
“ 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
“ 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963
“ 190, 198	Straßenverkehrsunfälle 1967, 1968

Statistische Berichte: 15 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
“ 35, 51, 67, 76, 85, 98, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960.
“ 134, 144, 151, 161, 176, 187, 201	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968
“ 158, 174, 183, 194, 200	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967, 1968, 1969

Statistische Berichte: 6 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
“ 71, 84, 90, 96, 106, 127,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
“ 145, 153, 166, 180, 189, 199	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967, 1968

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
“ 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
“ 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
“ 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
“ 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
“ 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
“ 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
“ 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
“ 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
“ 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
“ 88, 95, 105, 137, 157, 178, 202	1961, 1962, 1964, 1966, 1968
“ 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
“ 33, 147, 207	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962, 1966
“ 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966,
“ 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966, 1969
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.